













Zeit gesehen und intensiver verfolgt. In Deutschland stehen wir an dieser Stelle vor einer schwierigen Situationen – nicht zuletzt durch unsere strukturell bedingten 16 verschiedenen Schulpolitiken – hätten aber auch sehr viele Experimentiermöglichkeiten. Dennoch setzt sich die Erkenntnis nur mühsam durch, dass der Schule in einer Gesellschaft, in der es – wie ich eingangs ganz kurz zu skizzieren versuchte – nicht mehr so viele Orte gibt, an denen man die Möglichkeit hat, breite gesellschaftliche Schichten anzusprechen, eine große Bedeutung zukommt. Die Schulen sind in der Stadt und im Stadtteil ein ganz wichtiger Ort der Integration auch und des gesellschaftlichen Zusammenfindens – das ist der Punkt, der uns eigentlich daran interessiert. Wir sind sehr froh, Frau Spieler, dass Sie die Aufgabe übernommen haben, uns hier aus Ihrer Erfahrung zu berichten.

Der vierte Teilnehmer der Podiumsdiskussion ist Herr Dr. Löhr. Im Laufe seines

Arbeitslebens war er sowohl in einem Ministerium als auch in der Gesetzgebung tätig. Jetzt ist er seit langem Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften und stellvertretender Leiter des Deutschen Institutes für Urbanistik, der wissenschaftlichen Forschungseinrichtung der deutschen Städte, die deutschlandweit arbeitet. Herr Dr. Löhr ist auch ad persona mit den Fragen der sozialen Stadtentwicklung verbunden, da er in der wissenschaftlichen Begleitforschung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ mitarbeitet.

Soviel zur kurzen Vorstellung der Beteiligten. Jetzt bitte ich Herrn Wermker zu uns zu sprechen. Nach Ihrem Referat haben wir ein paar Minuten Zeit für Nachfragen und würden dann mit dem nächsten Referat von Herrn Prof. Bodenschatz fortfahren.

## "Spaltung der Stadt und der Gesellschaft? Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung"

---



**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich bekomme das mit der Zeit hin, nicht ganz einfach bei einem solchen Thema "Spaltung der Stadt und der Gesellschaft" – mit einem wunderbaren rhetorischen Fragezeichen versehen. „Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung“ – ich könnte es mir jetzt ganz einfach machen und viel Zeit gewinnen, indem ich sage: Spaltung der Stadt und der Gesellschaft – natürlich, „Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung“ – schlecht. Aber ich gehe doch inhaltlicher in die Tiefe und beginne mit einem kleinen Zitat. Sie können dann selber entscheiden, ob ich es ironisch meine. Es ist ein wörtliches Zitat des Bundeskanzlers: *„Wer den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Frage stellt, wer soziale Kohäsion als überflüssiges Zierwerk in guten Zeiten betrachtet, der stellt eben nicht nur wichtige Errungenschaften von Politik und Gesellschaft in unserem Land in Frage, nein, er ist viel-*

*mehr dabei, den inneren Frieden zu zerstören.“* Und der innere Friede ist demzufolge nicht zuletzt ein ökonomisches Erfordernis, nämlich notwendig, damit hier in diesem Land ordentlich und erfolgreich produziert werden kann.

Zum Eingang zurück – Spaltung der Stadt und der Gesellschaft. Die erfreulicherweise inzwischen üblich gewordenen Reichums- und Armutsberichterstattungen sowohl des Bundes als auch mindestens des Landes Nordrhein-Westfalens und einiger Städte belegen deutlich, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Land in der Vergangenheit bis heute immer ungleicher geworden ist. Und wir dürfen vermuten, dass das so weitergehen wird. Sie müssen nur sich anschauen und Sie erleben das jeden Abend in den Tagesthemen – Arbeitsplatzauseinandersetzungen, stellvertretend bei Opel, bei Siemens in Bocholt. Arbeitsplatzsicherungen erfolgen stets durch Zugeständnisse bei den Löhnen, bei den Lohnzusatzleistungen oder bei den Arbeitszeiten. In der Folge sinken absehbar die Einkünfte, die Masseneinkünfte dieser Menschen. Wir wissen, dass Arbeitsplätze zunehmend ins europäische Ausland verlagert werden, insbesondere gewerbliche Arbeitsplätze. Und damit werden noch mehr Menschen arbeitslos, als es ohnehin schon sind. Auch das ist absehbar. Klar ist – ich mache eine Trendextrapolation–,



was passiert, wenn nichts entscheidend anderes passiert. Nur ich sehe im Moment nichts anderes.

Der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden sinkt seit Jahren. Die Selbstrekrutierungsquote bei Spitzenjobs in unserer Gesellschaft ist heute höher als vor 30 Jahren, das heißt, wo kommen die Menschen eigentlich her, die diese Spitzenjobs beziehen? Sie kommen aus Ihren Kreisen. Man muss sich die einschlägigen Untersuchungen einmal anschauen, es ist erstaunlich. Die soziale Mobilität in diesem Land nimmt ebenso ab. Das könnte ich jetzt mit mehreren anderen Indikatoren weiterführen. Ich denke aber, es ist mindestens hinreichend plausibel zu sagen, die Spaltung der Gesellschaft nimmt zu und das bildet sich im Raum ab. Die Spaltung der Stadt, die räumliche Segregation nimmt zu. Sie ist im Übrigen historisch normal. Städte waren schon immer segregiert. Interessanterweise wird das Phänomen erst dann zu einem Thema, wenn die räumlich wahrnehmbare Armut so zunimmt, dass sie skandalös wird. Die Reichen haben schon immer sehr segregiert gelebt und niemand hat sich dran gestoßen. Die Zunahme der räumlichen Segregation belegen sehr viele Untersuchungen, auch aus Berlin. In Essen machen jetzt schon seit fast 20 Jahren Untersuchungen darüber, wie sich soziale Phänomene im Stadtgebiet verteilen. Bei uns lief und läuft das bis heute unter dem relativ unverdächtigen Titel "soziale Ungleichheit im Stadtgebiet". Die Untersuchungen werden jedoch nicht mit großem politischem Beifall begrüßt, aber ein Ein-

stellen der Untersuchungsreihe kommt auch nicht in Frage. Wir haben erst jüngst eine Untersuchung über die Einkommensverteilung im Stadtgebiet veröffentlicht. Dieses neue Untersuchungsdesign stellt eine Momentaufnahme dar und bestätigte im Kern nur das, was wir schon wissen. Spannend wird es werden, wenn wir einen zweiten Zeitschnitt haben. Ich erinnere an eine Untersuchung aus Hamburg, in der die Ergebnisse von 1980 und 1990 verglichen wurden. Darin wurde festgestellt, dass im ärmsten Viertel Hamburgs in diesen 10 Jahren das Einkommen auf demselben Niveau verharrte – das heißt also real abgenommen hat –, während es sich im reichsten Viertel vervielfachte. So ähnlich wird das bei uns auch der Fall sein.

Was heißt ganz konkret räumliche Segregation? Wir erleben zunehmend mehr Stadträume, in denen der Migrantenanteil deutlich erhöht ist. Ich schildere das jetzt konkret am Beispiel Essen fest, da ich die Zahlen im Kopf habe. In der Stadt liegt der Migrantenanteil im Durchschnitt bei etwas mehr als 10 Prozent, in den „schwierigen“ Vierteln dagegen bei 25 Prozent – was noch relativ niedrig ist, verglichen mit Berlin, Frankfurt oder anderen Städten, aber wir hatten schon immer einen relativ niedrigen Anteil. Die Arbeitslosigkeit liegt im Durchschnitt der Gesamtstadt bei 13 Prozent, in diesen Stadtvierteln aber bei 20 bis 22 Prozent. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger liegt im Stadtdurchschnitt bei 7 Prozent, in diesen Vierteln nicht selten bei 14 bis 17 Prozent. Die Zahlen sind wegen der Um-

stellung der Sozialhilfe auf ALG II nicht sauber vergleichbar – das hilft der Politik möglicherweise, weil die Zunahme nicht so deutlich ausfällt. Bei der Sozialhilfe muss man immer dazu sagen, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren jeweils doppelt so hoch ist wie der Durchschnittswert. Das heißt, wenn städtische Durchschnitt bei 7 Prozent liegt, dann ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren bei 14 Prozent. In einem sozial schwachen Viertel leben damit 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen von der Sozialhilfe.

Das nächste Thema ist die Bildungsbeteiligung – Herr Krautzberger hat es eben schon erwähnt, auch wenn die Zahlen nicht ganz richtig waren. Im Essener Süden (dem konsolidierten Stadtteil [A. d. R.]) wechseln bis zu 80 Prozent, der Schüler ins 5. Schuljahr, im Essener Norden sind es dagegen nur 30 Prozent. Betrachtet man nur die ausländischen Jugendlichen im Essener Norden, dann sind die Zahlen noch schlechter. Ich habe aktuell keine Absolventenzahlen zur Verfügung, aber die sehen dann natürlich noch schlechter aus. Um es ganz kurz zu verdeutlichen: Jemand, der ein Hochschulstudium erfolgreich absolviert, hat ein Arbeitslosigkeitsrisiko von unter 10 Prozent. Jemand, der die Hauptschule ohne Abschluss verlässt, hat ein Arbeitslosigkeitsrisiko von 80 Prozent. Und das trifft zunehmend die benachteiligten Migranten. Die Wahlbeteiligung – um auch diesen Punkt zu nennen – liegt im Essener Süden zwischen 70 und 80 Prozent. Im Essener Norden liegt sie, bezogen auf ei-

nige Wahllokale, teilweise unter 20 Prozent und die Tendenz ist weiterhin sinkend.

Wenn wir uns jetzt noch der baulich-physischen Seite des Problems zuwenden, und den Zustand der öffentlichen und privaten Infrastruktur betrachten, dann sehen wir Investitionslücken, auch bei privaten Immobilien. In diesem Kreislauf entsteht etwas, was die Journalisten gern Ghettos nennen. Ein Begriff, der diese Stadtteile nicht zutreffend beschreibt, da dem Wohnen dort – außerhalb des ökonomischen Zwangs – nichts Zwanghaftes anmutet. Weiterhin reden wir von sozialen Brennpunkten, von Slums, von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf – so hieß das in Nordrhein-Westfalen – oder Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das sind diese politischen Färbungen. Als Kinder verwandten wir gern den Begriff Mau-Mau für diese Art von Siedlungen, in denen damals überwiegend Obdachlose oder arme Flüchtlinge wohnten. Die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen hat diese Bereiche einmal als „demokratiefreie Zonen“ bezeichnet. Wir finden dort sehr heterogene, konfliktreiche Milieus. Die „deutschen Viertel“ werden dagegen immer homogener, was Lebensstil, Einkommen und auch Altersstruktur betrifft. Die problematischen Stadtteile sind jung, sie sind bunt und sie sind arm – die „deutschen Stadtteile“ sind grau und alt und wohlhabend.

Wie entstehen nun diese Gebiete? Auch

das kann hier nur ganz kurz skizziert werden. An vorderster Linie steht natürlich der innere Abstieg durch Arbeitslosigkeit etc., zusätzlich verstärkt durch sozial selektive Wanderungen – auch sozial besser gestellte Migranten verlassen diese Gebiete. Die Deutschen, sofern sie dort wohnen und Aufstiegschancen haben und auch wahrnehmen, verlassen diese Gebiete ebenso. Dadurch verstärkt sich der soziale Druck auf diese Gebiete. Das betrifft die Binnenwanderung ebenso wie die Außenwanderung. Auswirkungen hat auch das Schrumpfen der Bestände des sozialen Wohnungsbaus. Das Instrumentarium zur Gegensteuerung wird damit ausgedünnt. Wir wissen aber auch, dass solche Phänomene von politischen Beratern aus dem Bereich der Ökonomie kommentiert werden. Diese vertreten dann die Position, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland noch größer werden muss, damit wieder Anreize dafür entstehen, sich wirklich anzustrengen. Sie sagen, dass dieses Maß an Gleichheit in Deutschland – das zumindest politisch immer noch beschworen wird – schlecht für die ökonomische Entwicklung ist.

Wir können in der Zusammenschau feststellen, dass die Stadt so wie sie im Moment sich entwickelt ihrer ursprünglichen Funktion als „Integrationsmaschine“ nicht mehr gerecht werden kann – das trifft zu, wenn wir an die Integration der Migranten, aber auch der ärmeren Deutschen denken. Die Perspektiven der Stadtentwicklung sind damit im Moment nicht besonders optimistisch. Dennoch sind Änderungen immer möglich und alles

Gewordene kann auch verändert werden.

Damit leite ich zu den Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung über. Ich rede natürlich über Großstadt, weil soziale Stadtentwicklung in kleinen und Mittelstädten weniger ein Thema und zumindest in den westlichen Bundesländern auch weniger notwendig ist. Denen geht es vergleichsweise gut in den Speckgürteln. Betrachtet man eine kleine Münsterländische Stadt heute und vergleicht mit dem Zustand vor 30 Jahren – damals konnte man noch die Misthaufen an der Straße sehen, heute sieht man Fußgängerzonen, die man durchaus auf die Kö (Königsallee in Düsseldorf [A. d. R.]) verpflanzen könnte. Die Menschen, die dort wohnen, sind aus den Städten herausgezogen, haben ein hohes Einkommen, und ihnen folgte die entsprechende private Infrastruktur. Zur Verdeutlichung: Im Münsterland gibt es eine Kleinstadt, in der gerade überlegt wurde, auf kommunale Kosten eine Reithalle zu bauen, damit Reitsport auch im Winter möglich ist...

Dagegen bestimmen Phänomene, wie die demographische Krise, Bevölkerungsverluste, Bevölkerungsstrukturveränderungen die Handlungsspielräume der großen Städte. Gleichwohl muss auch die tiefe Finanzkrise in diesen Zusammenhang gestellt werden, wenn sie auch nicht ausschließlich dadurch bedingt ist. Die Tatsache, dass derzeit die Gewerbesteuerentnahmen im Steigen begriffen sind, reicht bei weitem nicht aus, um den Städten ihre finanziellen Spielräume zurückzuge-

ben. Die Städte befinden sich auch in einer Legitimationskrise – ich habe vorhin über einen Aspekt, die Wahlbeteiligung gesprochen. Deutsche Stadtbürger wissen oft nicht, wofür ihre Stadt eigentlich steht. Die Städte haben es noch nie verstanden – es sei denn, wir gehen in die bürgerliche Stadt vor 300 Jahren zurückdeutlich zu machen, dass die Bürger die Stadt sind und Stadt nicht gleich Staat ist. Vielmehr repräsentieren Bürger, Einwohner, Verwaltung, Politik gemeinsam die Stadt und sollten, könnten für sie einstehten.

Die Entwicklung in Europa trägt zu einer weiteren Schwächung der Stadt durch den Abbau kommunaler Rechte bei. In diesem Zusammenhang will ich, um deutlich zu machen, was ich mit Schwächung meine, in Erinnerung rufen, wie die deutsche Großstadt vor 100 Jahren aussah. Alles oder vieles von dem, was Städte heute lebensfähig und lebenswert macht, ist eine kommunale Leistung gewesen: Kommunale Infrastruktur, wie Krankenanstalten, Kanalisation, Verkehrssysteme, Straßenbeleuchtung etc. Die diese Leistungen erbringenden Unternehmen wurden von den Kommunen oder in privatkommunaler Partnerschaft gegründet, sind aber heute vielfach in ganz normalen, handelsüblichen Kapitalgesellschaften verwandelt worden. Ja, Kommunen dürfen aus rechtlichen Gründen solche Unternehmen nicht mehr betreiben, selbst wenn sie es wollten.

Neben der Umsetzung der EU-Richtlinien gibt es auch noch das Element der

Selbstschwächung der Kommunen, indem sie ihre Unternehmensanteile verkaufen. Besonders dramatische Züge nimmt dieser Umstand an, wenn Kommunen ihre eigenen Wohnungsgesellschaften verkaufen und damit eines der wenigen Instrumente, das sie noch haben um soziale Stadtentwicklung zu betreiben, aus der Hand geben. Die interkommunale Konkurrenz nimmt zu – das wissen Sie alle – ein Ausdruck dessen ist die zunehmende Festivalisierung, sie kennen den Begriff von Häußermann & Siebel. Wir bauen Opernhäuser und Philharmonien, wir bewerben uns um den Titel Kulturhauptstadt – das sind jetzt alles Essener Beispiele. Das sind alles keine negativ zu bewertenden Aktivitäten. Im Gegenteil, es ist wunderbar, wenn sie dann da sind. Doch das alles ändert nichts daran, dass sie keinerlei positive Effekte für die „abgespaltene“ Stadt entfalten, die sich langsam so weit vom Rest der Stadt entfernt, dass sie kaum mehr wahrgenommen wird.

Was heißt für uns, wo liegen die Handlungsnotwendigkeiten? Ich sage nicht, an Stelle dieser „Hochglanzprojekte“ solle man etwas anderes tun, sondern ich denke, wir müssten versuchen, in beide Richtungen zu agieren. Kommunen müssen Prioritäten setzen. Die notwendige Finanzausstattung bei diesen Überlegungen vernachlässigend, müssten sie beispielsweise im Bildungssystem ganz deutliche Prioritäten zu Gunsten der schwachen Stadtviertel setzen. In diese müssten die besten Schulen mit den qualifiziertesten Lehrern. Wir müssen gemeinsam mit den

Akteuren der Stadtgesellschaft Politik betreiben – auch das sagt sich leicht. Einer der wichtigsten Verbündeten der Kommunen in diesem Zusammenhang wären die großen Wohnungsgesellschaften. Auch da erleben wir im Moment Ruhrgebiet ein gutes Beispiel. Die GAGFAH (Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten [A. d. R.]) ist vor kurzem infolge eines lange zurückliegenden Beschlusses des Bundes verkauft worden. Erworben wurde sie durch einen amerikanischen Anleger, den die Zusammenarbeit mit der Kommune überhaupt nicht, sondern ausschließlich die Rendite interessiert. Das größte deutsche Wohnungsunternehmen, die Vitera AG (Fusion von Raab Karcher AG und VEBA IMMOBILIEN AG, 1998 [A. d. R.]), wird demnächst verkauft, Thyssen-Krupp ist bereits verkauft worden. Das alles sind Unternehmen, die in der Summe mehrere 100.000 Wohnungen halten. Es steht zu befürchten, sie sich alle nicht mehr in Soziale Stadt-Projekten engagieren werden, weil das ihre Rendite schmälert. Einen Umkehrpunkt könnte ein gänzlich entspannter Wohnungsmarkt darstellen, der möglicherweise die Vermietbarkeit der Wohnungen auch innerhalb dieser sozial exkludierten Gesellschaften erschwert. Unter diesen Umständen läge dann die die Beteiligung an Soziale Stadt-Projekten im eigenen Geschäftsinteresse. Es stellt sich die Frage, wie viel Zeit zwischen den Prozessen verstreichen muss.

Noch einmal: Die Perspektiven der sozialen Stadtentwicklung sind eher schlecht.

Sie ist aber zwingend notwendig, wenn wir unser Bild von europäischer Stadt retten wollen – und nicht nur unser Bild, sondern eine Realität. Wenn wir nicht erleben wollen, dass auch in deutschen Städten, wie in vielen französischen, englischen oder holländischen Städten, Viertel entstehen, die wir nicht mehr zu allen Tageszeiten ungefährdet betreten können. Das ist für mich persönlich eine der gruseligsten Vorstellungen, ganz einfach, weil ich ein begeisterter Großstädter bin, und diesen Zustand nicht erleben möchte – aber Stadtentwicklung wird ja nicht nur zu meinem Vergnügen gemacht. Eine Stadt, die die Anforderung erfüllt, jederzeit und für alle betretbar zu sein, hat ganz ungeheuer viel mit lebendiger Demokratie zu tun. In diesem Sinne hoffe ich, mich an die Zeitvorgabe gehalten zu haben.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank. Wir haben jetzt ein paar Minuten Zeit für Nachfragen.

**Herr Rothe, Stadtplaner**

Mich würde interessieren, Herr Wermker, warum Sie so pessimistisch sind, dass die privatisierten Wohnungsbaugesellschaften sich einer Zusammenarbeit verweigern, denn die müssten doch auch jetzt schon ein großes Interesse daran haben, dass ihre Wohnungsbestände sich stabilisieren und nicht weiter abrutschen.

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Das Verhalten der Wohnungsbaugesellschaften hängt auch von der Marktsitua-

tion ab, bei einem sehr entspannten Wohnungsmarkt sind sie prinzipiell eher zur Zusammenarbeit geneigt. Bei GAGFAH kann ich es relativ gut beurteilen, da einer der Niederlassungsleiter ein guter Freund von mir ist. Der neue Eigentümer interessiert sich nicht für Kooperationen mit der Kommune, im Moment hat er ausschließlich die Rendite im Blick. Bis dieser neue Anteilseigner möglicherweise das versteht, von dem wir glauben, dass es eigentlich auf der Hand liegt, könnte einige Zeit vergehen, das muss man abwarten. Im Moment, sagen sie aber ganz deutlich, dass das Management keine Zeit für Kooperationen mit der Kommune aufwenden will. Und ich halte die Annahme für plausibel, dass das bei anderen Unternehmen genauso ist. Es kaufen ja auch internationale Unternehmen Anteile. Ich verstehe auch nicht, warum das Unternehmen nicht an die Börse gebracht wurde, das beispielsweise wäre ja auch eine

Lösung gewesen. Der nächste Investor wird vielleicht ein japanischer Pensionsfonds sein und darauf folgend ein Schwedischer, dann werden die Entscheidungen in Osaka oder in Stockholm gefällt, was die Partnerschaft ganz außerordentlich schwierig macht.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank. Weitere Nachfragen können wir vielleicht in die nächste Runde verschieben. Ich bin jetzt sehr gespannt, wie die beiden Referate im Zusammenspiel wirken. Herr Bodenschatz wird über Urban Renaissance und die Orientierung auf neue urbane Mittelschichten sprechen. Ich freue mich sehr, dass der Leiter der Senatskanzlei, Herr Schmidt, unter uns ist, das ist schon eine sehr interessante und erfreuliche Teilnahme. Herr Bodenschatz, ihr Publikum.

## Urban Renaissance: Orientierung auf neue urbane Mittelschichten?

---



**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir heute über soziale Stadtpolitik reden, so erscheint die Sache zunächst einmal relativ klar: Wir meinen, die Förderung sozial benachteiligter Schichten in sozial benachteiligten Quartieren. Es gibt aber noch eine ganz andere soziale Stadtpolitik, nämlich die Förderung etwas privilegierterer Schichten. Diese Politik ist allerdings weit weniger transparent und es wird nicht so gerne darüber geredet. Wir kennzeichnen diese Schichten mit ganz unterschiedlichen Namen: mit Schwellenhaushalten, wenn es um die Eigentumsförderung geht, mit Urbaniten, wenn es um die Innenstadtrevitalisierung geht, mit Stadtflüchtlingen, wenn es um die Suburbanisierung geht, oder ganz schlicht mit Mittelschichten, die ja von den Kommunen höchst umworben sind – egal ob in der Stadt oder im suburbanen Siedlungsbrei. Der neue Städtebaubericht der Bundesregierung verdeutlicht diese

gewisse Unschärfe: Dort ist zum einen von „einkommensschwachen und in schwieriger sozialer Situation lebenden Haushalten“ die Rede, zum anderen von „sozial stabilen Gruppen“ oder von „gut verdienenden Haushalten“. Was immer im Dunklen bleibt, ist das Verhältnis der beiden sozialen Stadtpolitiken. Zum einen das schlichte quantitative Verhältnis: Mit welchen Mitteln werden Benachteiligte gefördert, mit welchen Mitteln die Mittelschichten und wie ist das Verhältnis der beiden Förderungen zueinander? Noch weniger wird gefragt, in welchem qualitativen Verhältnis diese beiden Förderungen stehen: Ergänzen sie sich oder konkurrieren sie sich? Macht dieses Nebeneinander einen stadtentwicklungspolitischen Sinn? Ist die erste Förderung nur ein Alibi, und ist die zweite Förderung nur deshalb so intransparent, um genau dies zu verschleiern, um zu verschleiern, dass vor allem Teile der Mittelschichten in erheblichem Umfang gefördert werden? Ist vielleicht nur die erste Förderung eine soziale Politik, und die zweite Förderung eine unsoziale Politik? Ich denke, in diesen Fragen ist größere Klarheit nötig.

Es gibt ein Land, in dem diese Fragen deutlicher als bei uns öffentlich diskutiert werden, ja programmatisch gewendet werden: und zwar in England. England ist in stadtpolitischer Hinsicht zurzeit das

vielleicht interessanteste und anregendste Land Europas. In England ist Stadtpolitik ein wichtiges Thema auf vielen Ebenen: in den Medien, auf der Ebene der nationalen Regierung, auf der Ebene der großen Städte. Der zentrale Begriff, der all diese Akteure beflügelt und – trotz aller internen Gegensätze – zusammenhält, ist Urban Renaissance, die Renaissance der Innenstädte, vor allem die Renaissance der Zentren.

Seit Ende der 80er Jahre und vor allem in den 90er Jahren lassen sich in zahlreichen englischen Städten die Zeichen einer neuen Stadtpolitik erkennen. Schrumpfende ehemalige Industriestädte in Mittel- und Nordengland werden aus den Zentren heraus neu animiert und für die kommunale Konkurrenz fit gemacht. London als Boomstadt wird massiv rezentralisiert, um die Rolle als World City zu behaupten. Manche Städte, etwa Birmingham und Manchester, können als Teststädte der neuen Stadtpolitik angesehen werden.

Hier ist zwar nicht der Raum, diese Politik im Einzelnen zu entfalten. Aber ich möchte doch einige Merkmale benennen. Was England nach dem Regierungsantritt von New Labour auszeichnet, ist eine kompakte Strategie, an der die staatliche wie die kommunale Ebene an einem Strang ziehen. Eine Strategie, die breit und öffentlich verhandelt wird. Eine Strategie, die höchste politische Priorität genießt und die auch in den Medien mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht wird.

Räumlich zielt Urban Renaissance zu allererst auf einen Umbau des Stadtzentrums. Im Gegensatz zur jahrhundertealten englischen Tradition der räumlichen Dezentralisierung der Großstädte wird nunmehr einer radikalen Rezentralisierung das Wort geredet. Gerade ein attraktives Zentrum, so die Annahme, kann die besten Standorte für den Dienstleistungssektor bieten. Nur ein attraktives Zentrum kann die hochmobilen urbanen Mittelschichten langfristig an eine Stadt binden. Ein erneuertes Zentrum, so die Botschaft, ist die beste Werbung für die weitere Stadtregion, die eigentliche wirtschaftsräumliche Einheit einer immer stärker globalisierten Ökonomie.

Attraktivierung des Zentrums heißt vor allem: städtebauliche Attraktivierung, Urban Design. Urban Design ist ein Schlüsselbegriff der Urban Renaissance. Urban Design soll dazu beitragen, eine heitere Bühne für die urbanen Mittelschichten zu schaffen – mit freifinanzierten Wohnungen, Designershops, prestigeträchtigen Büroarbeitsplätzen, Bars und Restaurants. Eine neue Art der Nutzungsmischung zielt vor allem auf Freizeitvergnügen in Form von Mittagspausen, Abendunterhaltung, „leisure shopping“ und Städtekurzurlaub.

Die neue soziale Orientierung verändert die Erwartungen hinsichtlich des erwünschten Verhaltens im öffentlichen Raum, die Regeln für dieses Verhalten werden neu erstritten – unter dem Motto mehr Sicherheit und Sauberkeit. Hier wird sicher über das Ziel hinausgeschos-



sen. Gerade in den englischen Städten werden in extensiver Form Überwachungskameras zur Kontrolle eingesetzt und Kampagnen gegen Unsocial Behaviour durchgeführt. Dort sind allerdings auch die Probleme gravierender. Gefühlte Sicherheit wird zum Maßstab eines „guten“ öffentlichen Raumes – auch bei ärmeren sozialen Gruppen. Zudem ist Sauberkeit gefragt: Die öffentlichen Räume werden häufig gereinigt.

Im Schatten der Zentrumsrevitalisierung und zeitlich oft in einem zweiten Schritt werden auch Projekte jenseits der Zentren gestartet, dort, wo die arme Bevölkerung lebt und die sozialräumlichen Probleme besonders gravierend sind. Manchester ist hier ein gutes Beispiel. Solche Projekte betreffen etwa Wohnverhältnisse und Weiterbildungseinrichtungen.

Urban Renaissance bedarf einer Trägerschaft, einer Transformationskoalition, einer expliziten oder impliziten Koalition von Gruppen, die sich von der Urban Renaissance etwas versprechen. Auffallend ist die starke Rolle der Städte selbst. Entscheidend ist in der englischen kommunalen Planungspolitik also keineswegs der Rückzug der Stadt aus der Stadtplanung – die Städte erhielten nach einer radikalen Entmachtung zu Beginn der Thatcher-Ära inzwischen wieder einige Kompetenzen zurück. Entscheidend ist auch keineswegs ein radikaler Abbau der Subventionen. Im Gegenteil: Es werden weiterhin immense öffentliche Mittel eingesetzt – Mittel von der EU, vom Zentral-

staat, aber auch – das ist eine englische Besonderheit – in großem Umfang aus der Lotterie. Entscheidend ist vielmehr die neue Orientierung – weg von der vorrangig sozialstaatlichen Fürsorge für die Opfer des Abschieds von der Industriegesellschaft, die gerade in den Labour-regierten englischen Industriestädten eine große Tradition hatte, hin zu einer projektbezogenen Förderung vor allem zugunsten der urbanen Mittelschichten, die von einer Politik der versuchten Mitnahme sozial benachteiligter Gruppen begleitet wird. Dieser fundamentale kommunale Politikwandel vollzog sich in der Regel innerhalb der Labour Party selbst.

In England, so bleibt zusammenzufassen, hat sich unter dem Begriff der Urban Renaissance in den 90er Jahren eine besondere Form der Transformationspolitik verfestigt. Strategisch zielt Urban Renaissance darauf, den Abschied von der Stadt der Industriegesellschaft zugunsten einer postindustriellen Stadt, einer Stadt der Dienstleistungen zu forcieren. Die Zukunft der Stadt, so die Botschaft, liegt im Service Sector, im Tourismus, im Kongresswesen, in der Kulturindustrie, in den Creative Industries, im Shopping und Dining, in der Vergnügungsindustrie, aber auch im urbanen Wohnen. Adressaten der Urban Renaissance sind in erster Linie die Mittelschichten – als Angestellte, Shopper, Bewohner, als Touristen aus dem Umland und von weiter her. Den Bedürfnissen dieser sozialen Schichten soll Urban Renaissance entsprechen – hinsichtlich der Gestaltung,

der Nutzungsangebote und der Sicherheit.

Durch die Konzentration erheblicher Ressourcen auf die Förderung einer attraktiven Dienstleistungsstadt, so die Überzeugung, kann die Stadt eine neue ökonomische Grundlage erhalten und für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden. Die Orientierung auf die Bedürfnisse und Interessen der urbanen Mittelschichten, so die weitere Annahme, nützt mittelfristig auch den sozialen Verlierern, denjenigen Schichten, die in und für Industriegesellschaft sozialisiert worden sind und nun ohne Arbeit dastehen. Für diese Schichten werden im Schatten des Zentrumsbaus ebenfalls Projekte gestartet. Damit ist ein neuer Typus sozialer Stadtpolitik benannt, der sich von früheren Typen deutlich unterscheidet.

Was aber sagt uns das? Können wir uns zurücklehnen – England ist weit, und die Engländer waren doch immer etwas skurril? Eine solche Haltung wäre nicht angebracht. Die Grundzüge der Urban Renaissance finden sich auch auf dem Kontinent – vielleicht zum ersten Mal in ausgereifter Form in Barcelona, aber natürlich auch in Berlin. Man denke nur das Planwerk Innenstadt Berlin und dessen soziale Adressaten, die Urbaniten. Urban Renaissance ist ein dominanter städtebaulicher Trend in Europa. Alle Städte wollen heute Dienstleistungsstädte werden, sie konkurrieren um ähnliche Unternehmen, um ähnliche soziale Schichten, und sie setzen ähnliche Instrumente ein, um in dieser Konkurrenz bestehen zu können: gestal-

terisch und funktional aufgewertete Zentren.

Auf der anderen Seite ist in England auch die Kritik an der Strategie der Urban Renaissance deutlich formuliert. Urban Renaissance ist eine Risikostrategie und beansprucht gewaltige öffentliche Ressourcen, die vor allem den Mittelschichten zugute kommen. Ob auch die Innenstädte jenseits der Zentren revitalisiert werden können, wo die ärmere Bevölkerung lebt, ist alles andere als sicher. Die Schwäche der Kritik ist aber, dass sie auf Probleme aufmerksam macht, sozusagen auf Nebenwirkungen, ohne sagen zu können, was denn der Apotheker anderes bieten könnte. Sicher, es gibt keine Erfolgsgarantie für die Politik der Urban Renaissance. Gibt es aber eine realistische Alternative für die europäischen Städte, als einen solchen Weg zu gehen, auch wenn der Erfolg nicht sicher ist?

Strategisch gesehen geht es letztlich nicht um eine Förderung der Mittelschichten, sondern um die Transformation einer Stadt der Industriegesellschaft in eine postindustriegesellschaftliche Stadt. Wie dies gestaltet werden soll, ist umstritten. Die englischen Städte verhalten sich im Großen und Ganzen im Sinne der Vorschläge des US-amerikanischen Regionalökonom Richard Florida: Ziel ist nicht eine simple Unternehmerwerbung, sondern die Schaffung eines kreativen Klimas in der Stadt, das durch eine hohe Toleranz und Offenheit ausgezeichnet ist. Diese Offenheit ist für kreative Schichten attraktiv, fördert Talente und schafft Vor-

aussetzungen für einen erfolgreichen Strukturwandel. Ohne Rückkehr kreativer Mittelschichten in das Innere der Städte ist kein erfolgreicher Strukturwandel der Städte denkbar. Dies hat aber seinen Preis: ökonomisch, gestalterisch, funktional und hinsichtlich der Verhaltensregeln im öffentlichen Raum.

Was bedeutet das aber für eine soziale Stadtpolitik? In erster Linie die Abkehr von isolierten Blickweisen und die Zusammenschau aller sozial relevanten Förderungsprogramme im Rahmen einer Transformationspolitik. Das bedeutet auch eine Überprüfung der Förderung der Mittelschichten. Diese Förderung ist oft auf Bundesebene verankert, ist raumdifus oder stimuliert Suburbanisierung. Man denke nur an Pendlerpauschale und Eigenheimzulage. In ihrer überkommenen Form ist diese Förderung nicht mehr zeitgerecht. Hier hat ein Umbau und behutsamer Rückbau längst begonnen. Auch Mittelschichtförderung muss den Zielen der Transformationspolitik untergeordnet werden, das heißt dem Strukturwandel dienen, sie muss auf konkrete innerstädtische Räume konzentriert werden. Die Mittelschichtförderung muss weiter im Verhältnis zur Förderung sozial benachteiligter Schichten gesehen werden. Eine soziale Stadtpolitik darf die sozialen Verlierer nicht aus den Augen verlieren, vergessen, verdrängen oder aussperren, sondern so weit wie möglich mitnehmen. Das betrifft Bildung und Weiterbildung, Stimulierung der lokalen Ökonomie, preiswerten Wohnraum und Gesundheit, Zugang zu Infrastrukturen, aber auch die

Offenheit der öffentlichen Räume. Auch diese soziale Stadtpolitik ist an eine Transformationspolitik zu koppeln. Allerdings ist eine solche Orientierung nur begrenzt aussichtsreich. Sie bleibt hilflos bei denen, die nicht mehr mitgenommen werden können. Für diese Gruppen gibt es weltweit keine wirklich überzeugende Strategie, sie drohen verdrängt und ausgegrenzt zu werden. Sie bedürfen einer wirklichen Fürsorge. Hier sind weitere konzeptionelle Anstrengungen nötig, nicht nur in zivilgesellschaftlicher Richtung.

Ohne eine sozialpolitische Flankierung wird der Strukturwandel nicht nachhaltig und erfolgreich sein. Denn ein hoffnungsloser, weiter verfallender Armutsgürtel um ein aufblühendes Zentrum – das wird die Urban Renaissance zu einem Strohhalm verkümmern lassen. Daher ist eine Angebotspolitik für Mittelschichten zwar unverzichtbar. Eine solche Angebotspolitik darf aber strategisch nicht als Gegensatz zu einer aktiven Sozialpolitik für benachteiligte Gruppen angesehen werden, sondern muss sorgfältig mit dieser abgestimmt und abgewogen werden. Soziale Stadtpolitik ist in diesem Sinne keine sektorale Aufgabe, sondern Teil einer umfassenden Transformationspolitik. Sie umfasst bauliche wie soziale Programme. Sie setzt eine Perspektive auf die ganze Stadtregion voraus. Soziale Stadtpolitik darf sich nicht in die Enge treiben lassen – in die Enge isolierter Stadtgebiete, in den Verzicht auf bauliche Programme, in den Verzicht auf lautstarke Einmischung in die Transformationspolitik, in den Ver-

zicht auf eine aktive Mitwirkung an einer Transformationskoalition. Soziale Stadtpolitik ist kein Thema nur für Spezialisten, sondern ein Querschnittsthema. Nicht eine deregulierte, neoliberale, sondern eine sozialpolitisch abgefederte, nachhaltige Urban Renaissance wäre das Ziel. Heute werden die deutschen Stadtregionen daran gemessen, ob sie den Strukturwandel bewältigen. Morgen werden die europäischen Stadtregionen daran gemessen werden, wie nachhaltig sie den Strukturwandel bewältigt haben – auch und gerade in sozialer Hinsicht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Ja, vielen Dank Herr Bodenschatz. Vielleicht können Sie auch zu mir kommen. Gibt es direkt Nachfragen an Herrn Prof. Bodenschatz?

### **Redebeitrag Publikum**

Ich glaube, dass Ihr Vorgänger mit allen Ihren Handlungsvorschlägen einverstanden ist. Aber er hat auch ganz deutlich gesagt, wenn eine Stadt keine kommunalen Einrichtungen besitzt, wenn eine Stadt keine Steuereinnahmen mehr hat, wenn eine Stadt auch keinen Grundbesitz mehr hat, welche Ressourcen hat die Stadt denn dann noch, um Ihre Vorschläge umzusetzen? Das ist mir nicht klar.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Noch eine Wortmeldung? Herr Bodenschatz, wollen Sie direkt antworten?

**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**

Das ist natürlich nicht so einfach zu beantworten. Der zentrale Punkt ist natürlich die Frage, welches Kooperationsklima geschaffen werden müsste und wie eine Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen aussehen kann. Ein Thema, das in Deutschland und in der deutschen Diskussion viel weniger weit entwickelt ist als in der angelsächsischen Diskussion. Hier müsste meines Erachtens eine Transformationskollision stattfinden – wenn man das so nennen will – und es müssen viel, viel stärker private Unternehmen eingebunden werden. Es zeigt sich ja ganz deutlich, dass viele private, auch große Immobiliengesellschaften in England es verstanden haben, dass mit einem komplexeren Vorgehen und eben nicht der simplen Renditeorientierung, ein langfristiger Gewinn realisiert werden kann. Das betrifft beispielsweise Fragen der Gestaltung des öffentlichen Raums, der sozialen Sicherheit und flankierende soziale Maßnahmen. In diesem Rahmen ist es selbstverständlich, dass natürlich auch die Kommunen stärker dafür sorgen, dass bei neuen Projekten soziale Elemente einbezogen und durchgesetzt werden müssen, damit ein bestimmtes Quantum von preiswertem Wohnraum usw. entsteht. Dieses Verständnis ist dort auch weiter entwickelt als hier.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Diese Frage, wie stark wird diese Verantwortung wahrgenommen wird, könnten wir dem Podium später noch einmal stellen. Unsere Blicke richten sich alle auf

Herrn Fischer, der hier stellvertretend für den großen Bereich der Wohnungsunternehmen steht. Herr Wermker, wollen Sie auch einen kurzen Kommentar dazu abgeben?

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Eigentlich kann man die Problematik in dieser Kürze nicht diskutieren. Zu sagen, die Unternehmen sollen sich engagieren ist ja okay – das ist nicht zuletzt eine moralische Forderung –, aber wenn die Rendite nicht stimmt, werden diese sich schlicht nicht engagieren, außer, dass sie mal 100.000 Euro in einen Topf tun für irgendwelche begleitenden Sozialmaßnahmen. Ich kenne kein Beispiel von Public-Private-Partnership, wo nicht nur das Unternehmen einen Profit hat, sondern auch die Kommune. Es gibt einschlägige Untersuchungen vom Difu (Deutsches Institut für Urbanistik), in denen das ziemlich deutlich nachgewiesen wurde. Ich habe auch noch kein Unternehmen erlebt, das sich nachhaltig in einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf investiv engagiert hätte. Das englische Beispiel ist natürlich schön zur Inspiration, aber die Finanzierungsstrukturen bei in Deutschland sind ganz andere und damit nicht vergleichbar. Der Zentralstaat kann die Kommunen nicht fördern und die Länder wären diejenigen, die das Geld dann entgegenzunehmen hätten. Gleichwohl finde

ich es spannend, zu diskutieren, wie denn eine solche Aufbruchsstimmung überhaupt zustande kommt. Die Städte, bis auf einige wenige – ich sag mal Hamburg, München, Stuttgart, Großstädte in Deutschland – sind schlicht aus eigener Kraft nicht in der Lage, so etwas in Gang zu setzen.



**Herr Prof. Michael Krautzberger, Moderation**

Herr Bodenschatz, dazu vielleicht mehr nach der Pause. Wer von Berufs wegen, so wie ich, in bestimmten Phasen in England oder Amerika war, erinnert sich, welche Projekte der Stadterneuerung einem vorgeführt werden, das sind just Private. Wenn Besucher zu uns kommen, sehen sie aus guten Gründen immer die öffentlich Inszenierten. Dem müssten wir noch tiefer auf den Grund gehen. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine Pause machen. In einer Viertelstunde geht es weiter. Vielen Dank.

## Podiumsdiskussion: Neue Stadtgesellschaft – Ansätze und Wege

---

### **Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie Platz zu nehmen. Ich habe die Teilnehmer, die jetzt bei der Podiumsdiskussion dabei sind, schon vorgestellt, dennoch eine kurze persönliche Vorstellung: Neben mir sitzt Frau Spieler, die die Fichtelgebirgs-Grundschule in Kreuzberg leitet. Daneben Herr Dr. Löhr, der stellvertretende Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik. Und ganz außen sitzt Herr Fischer, der Geschäftsführer der IHZ GmbH. Herrn Bodenschatz und Herrn Wermker kennen Sie bereits. Das Podium beginnt mit kurzen Stellungnahmen, Äußerungen und Kommentaren. Im Anschluss daran die herzliche Einladung an Sie, sich zu beteiligen.

Herr Dr. Löhr, ich möchte mit einer ersten Frage an Sie beginnen. Wir haben das Thema „Soziale Stadt“ ja nicht direkt in den Mittelpunkt der Veranstaltung angekündigt, aber es ist ein Programm, das auch Herr Wermker angesprochen hat. Mit diesem Programm versuchte man in den 90er Jahren eine Antwort zu finden. Die deutsche Politik akzeptierte das erste Mal, dass wir Probleme in den Stadtvierteln haben, dass diese auseinander driften. Damit wurde die Vorstellung, dass wir in Deutschland harmonische und ausgeglichene Verhält-

nisse haben, ein Stück weit auch aufgegeben. Wie ist denn heute Ihre Einschätzung von der Antwort des Programms auf das Problem?



### **Herr Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik**

Ich glaube, dass die Antwort durch das Programm eine umfassendere ist, als das, was bisher angesprochen wurde. Und ich sag das noch mal – auch umfassender als der Titel dieser Veranstaltung. Ich würde ganz gern mit dem Zitat eines katholischen Moraltheologen aus dem Jahre 400 n. Chr. anfangen, dass ich von dem Stadtplaner von Manhattan gelernt habe. Es heißt: „*Städte bestehen nicht aus Häusern und Straßen, sondern aus Menschen und ihren Hoffnungen.*“ Damit wird der Blick enorm über den klassischen städtebaulich architektonischen Ansatz hinaus erweitert. Die Anstrengungen der Menschen selber müssen in den Mittelpunkt gerückt werden, und zwar nicht im Sinne von Fürsorge – wie das ja als rich-

tige Alternative in der Veranstaltungsüberschrift steht. Fürsorge macht die Menschen abhängig, weil es ihre Bedürfnisse auf Dauer nicht wirklich trifft und sie in eine Kultur der Unselbständigkeit, der Abhängigkeit geführt werden. Allerdings ist die Alternative nicht „Spielräume öffnen“. In diesem Begriff kommt eine klassische Mittelschichtorientierung zum Ausdruck. Wenn wir Spielräume geöffnet bekommen, dann machen wir schon etwas. Diese ganze Politik, auch das, was Herr Bodenschatz vorgetragen hat aus England, ist so eine mittelschichtorientierte Politik, wo dann durch Sickereffekte auch die Armen erreicht werden. Ich war lange Zeit im Bauministerium tätig. Da waren diese Sickereffekte immer das Argument, warum wir die Eigentumsbildung der Mittelschicht fördern – diese verlassen dann ihre besseren Wohnungen, und in diese ziehen dann wiederum Leute aus den weniger guten Wohnungen ein. Damit fördern wir auf diese Weise auch die Wohnungsversorgung der ganz Armen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Sickereffekte alle irgendwo mittendrin abbrechen, weil die anderen Wohnungen abgerissen oder umgenutzt wurden. Das heißt, Sickereffekte sind nicht wirklich die Lösung, wir müssen uns schon um die Menschen selber kümmern.

Ich denke, das ist das, was mit dem Programm „Soziale Stadt“ versucht worden ist – die Menschen selber in den Mittelpunkt von staatlicher, städtebaulicher Politik zu stellen. Aber dies ist nur ein Aspekt. Der zweite Aspekt bedeutet, dass es nicht ausreicht zu sagen: Wir küm-

mern uns um die Menschen und dann sollen die mal selber sehen und wir lassen sie wieder allein. Spielräume öffnen setzt voraus oder erfordert zusätzlich, dass die Leute dazu befähigt, angeregt, animiert werden, sich um ihre Dinge zu kümmern und dass sie auch unterstützt werden. Es heißt aber auch, dass sie befähigt werden, dass sie Mittel in die Hand bekommen, dass sie entscheiden können. Es ist eine Frage von Macht und von Ermächtigung. Eine Frage, mit der viele Politiker – die als gewählte Volksvertreter in der Entscheidungskompetenz in ihrer Hand sehen – große Probleme haben. Die Diskussion wurde in vielen sozial benachteiligten Stadtgebieten vor dem Hintergrund der Einführung von Quartiermanagement, der Schaffung einer mediativen Einrichtung zwischen den Bürgern und der Verwaltung geführt. Es ist sehr wichtig, dass diese Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger stattfindet, indem man ihnen die Macht, über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, zukommen lässt.

Bürgerinnen und Bürger auf diese Art mit Aufgaben zu betrauen, reicht aber auch nicht aus – und das ist der dritte Aspekt. Es wird nicht möglich sein, diese Probleme zu lösen, ohne eine adäquate Politik der Verwaltung. Eine adäquate Politik der Verwaltung – sagt das Programm Soziale Stadt und das ist auch meine Auffassung – kann nicht eine sektorale Politik, wie Sozialpolitik, Jugendpolitik, Schulpolitik oder was auch immer sein, sondern nur eine Zusammenschau dieser Politikbereiche, dieser Politiksektoren in bestimmten Gebieten und damit eine Sozialraumori-

entierung. Das bedeutet aber einen fundamentalen Prioritäten- und Ansatzwechsel, denn klassische Politik ist – abgesehen von der Städtebaupolitik – immer adressaten- bzw. personenbezogen und damit auf einzelne individuelle Ansprüche gerichtet, die befriedigt und unterstützt werden. Im Programm „Soziale Stadt“ geht es darum, mit einem integrierten Ansatz innerhalb eines bestimmten Raumes die Möglichkeiten dieses Raumes zu fördern und damit gezielt die Möglichkeiten der Menschen, die in diesen Räumen leben. Herr Wermker hat schon sehr deutlich auf die entstehende räumliche Segmentierung hingewiesen. Wenn Sie den Berliner Sozialstruktur-Atlas anschauen, dann sehen Sie, dass diese Segmentierung in Berlin durch die stattfindenden Umzüge heftig fortschreitet. Das Programm „Soziale Stadt“ versucht eine Änderung der Politik in der Form zu erreichen, dass sich der Schwerpunkt des politischen und finanziellen Interesses auf solche benachteiligten und benachteiligenden Stadtteile richtet, und dass an dieser Stelle Prioritäten gesetzt werden. Das zu realisieren ist allerdings eine schwere Aufgabe und bisher auch nicht wirklich gelungen. Das würde zum Beispiel bedeuten, die Schulen in diesen Gebieten besser auszustatten als die Schulen in anderen Gebieten, mit der Begründung, dass die Probleme, die diese Schulen zu bewältigen haben, wesentlich größere sind. Das versuchen sie mal durchzusetzen, mir ist in dieser Richtung jedenfalls bisher kein Beispiel bekannt.

Die Prioritätensetzung zu Gunsten dieser

Quartiere, zu Gunsten einer integrierten Politik in solchen Quartieren ist aus meiner Sicht das Einzige, was hilft und was auch den Problemlagen der Menschen gerecht wird. Wir haben vorhin über die Integrationsleistung der europäischen Stadt gesprochen. Die Integrationsleistung in den Städten erbringen diese Quartiere und eben nicht die gesamte Stadt. Solidarische Stadt heißt aber, dass alle diese Integrationsleistung erbringen müssten. Da sie das aber nicht tun, sollten diese Quartiere auch in besonderer Weise dazu befähigt und finanziell ausgestattet werden.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank Herr Dr. Löhr. Ich würde mir für die nächste Runde die Frage aufheben, wer denn die anderen Akteure sind. Was wir hörten war eine starke Position, die den Auftrag und die Verantwortung der Politik und der staatlichen Seite betonte, wenn auch stark ausdifferenziert, wie an dem Beispiel der Schule zum Ausdruck kam. Vielleicht können später auch Herr Bodenschatz und Herr Wermker ihren darauf eingehen. Im direkten Anschluss möchte ich aber Frau Spieler bitten ihren Kommentar zu den Ausführungen der sozialen Disposition und auch zu den Erwartungen, die jetzt mit Blick auf Schule aufgebaut wurden, abzugeben. Wie beurteilen Sie das Gesagte aus Ihrer Sicht?





**Frau Anette Spieler, Fichtelgebirge-Grundschule**

Die Fichtelgebirgs-Grundschule liegt im so genannten Wrangel-Kiez. Wir haben einen Schüleranteil nicht-deutscher Herkunftssprache von 86 Prozent. Ich bin seit 14 Jahren dort Schulleiterin und in diesen 14 Jahren ist dieser Anteil enorm gestiegen. Die Gründe dafür sind heute schon genannt worden. An oberster Stelle steht der Wegzug in den Berliner Speckgürtel, die ärmere Bevölkerung ist zurückgeblieben. Natürlich wohnen auch noch der Mittelschicht angehörende Menschen im Kiez, die wir heftig umwerben. Ich merke immer wieder, dass als Erstes nach der Ausstattung der Schule gefragt wird. Wir haben z.B. mit Mitteln des Programms „Sozialen Stadt“ und mit Hilfe unserer Schüler und deren Eltern den Schulhof zu einem wunderschönen Spielhof umgebaut. Das kommt unheimlich gut an. Und doch wird immer wieder die Frage nach der räumlichen Ausstattung und ähnlichem gestellt. Nach der Berliner Schulreform werden wir in diesem Gebiet, in dem wir leben, offene und nicht gebundene Ganztagsgrundschule (Gebundene Form: Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, an mindestens drei Wochentagen für jeweils mindestens sieben

Zeitstunden an den ganztägigen Angeboten der Schule teilzunehmen. Offene Form: ein Aufenthalt verbunden mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot in der Schule ist an mindestens drei Wochentagen von täglich mindestens sieben Zeitstunden für die Schülerinnen und Schüler möglich. Die Teilnahme an den ganztägigen Angeboten ist jeweils durch die Schülerinnen und Schüler oder deren Erziehungsberechtigte für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich zu erklären [A. d. R.]. Wir hatten aber auch, ehrlich gesagt, nicht die Möglichkeit zu wählen, es wurde bestimmt.

Die Ausstattung der Schule, auch wenn man an Lehrerstunden denkt, ist durchaus da, sie wird uns gewährleistet. Doch sehen die Eltern, der Mittelstand, auch auf den Anteil der deutschen Bevölkerung, der noch im Kiez wohnt. Die erste Frage ist häufig: Wie viele deutsche Kinder sind da, wie viel deutsche Kinder gehen jetzt in den Ganztagsbetrieb? „Frau Spieler, kommen die deutschen Kinder alle in eine Gruppe, damit mein deutsches Kind dann auch das entsprechende kulturelle Umfeld hat?“ Das sind die täglichen Auseinandersetzungen, vor denen ich stehe. Jetzt werden wieder die Lernanfänger angemeldet, auch da hat oft Priorität, dass das jeweilige Kind mit deutschen Kindern zusammen in eine Klasse kommt.

In Punkto Räumlichkeiten und Ausstattung sind wir durch das Programm „Soziale Stadt“ und durch das Quartiersmanagement eigentlich gut auf den Weg

gebracht worden. Aber es sind dann wiederum fehlende Renovierungen, mitunter ganz einfache Sachen, die die Eltern letztlich abhalten. Ich bin mal vor Jahren von einer Mutter angesprochen worden: „Was, das ist eine Grundschule, ich dachte, das ist ein Gefängnis.“ Sie können sich vorstellen, wie erschrocken ich war. Nur weil unsere Schule ein graues Gebäude ist und andere Schulen im Kiez oder in näherer Umgebung jetzt wunderbare Renovierungen durchgeführt haben. Wir sind aber dennoch auf dem Weg mit dem, was da ist, zu leben, uns auseinanderzusetzen und auch positive Zeichen zu setzen. Ganz enorm auch die Beteiligung des Quartiers, des Wrangel-Kiezes und der Elternschaft zu spüren. Wir sind im Rahmen der Bund-Länder-Kommission, in das Programm „Demokratie lernen und leben“ involviert. Wir haben eine Aushandlungsgruppe, in der alle an der Schule Beteiligten – Kinder, Eltern, Lehrer, Quartiersmanagement, Schulstation, Erzieherinnen – zusammensitzen und sich überlegen, wie wir unsere Schule besser machen können und welche Wünsche wir an die Schule haben, damit wir noch lieber in die Schule gehen. Von dieser Seite erfahren wir durchaus Unterstützung und nehmen vor allen Dingen gute Angebote, die im Kiez da sind, durchaus wahr und freuen uns daran.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank Frau Spieler. Jetzt würde ich gern Herrn Bodenschatz und Herrn Wermker hinzuziehen. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, diese sehr

nüchterne Darstellung von Ihnen, Herr Wermker, über die derzeitige Situation und das Szenario, das Herr Bodenschatz entworfen hat mit der Schlussbemerkung, dass das zwar England ist, aber sozialen Entwicklungen aufzeigt, auf die wir uns einstellen können und auch müssen. Es besteht die Frage, wer eigentlich die Ziele definiert, in einer Welt, in der die meisten Erwachsenen der mittleren und älteren Generation in einem Land aufgewachsen sind, das den Sozialstaat sehr bewusst als ein dem Rechtsstaat gleichwertiges Ziel definiert hat. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Entwicklung, diese Errungenschaft festgeschrieben und damit auch als gesellschaftlichen Wert, als eine Definition der Gesellschaft verstanden. Diese Verpflichtung des Staates bleibt ja bestehen. Aber wer definiert heute eigentlich die Ziele, wer sind die Akteure? Ich erwarte jetzt keine endgültige Antwort von Ihnen, sondern nur Ihre Einschätzung. In der Entwicklung des Rückzugs des Staates und der damit verbundenen Reduzierung von Ressourcen, die ja unübersehbar da sind, werden auch die Handlungsmöglichkeiten des Staates eingeschränkt – unbenommen, dass andere Prioritätensetzungen immer möglich sind. Die Spielräume sind begrenzt, wo könnte die Entwicklung hingehen, was die Akteure und was die Zielbestimmung betrifft? Vielleicht könnten Sie, Herr Bodenschatz, auch Ihre Einschätzung aus dem Ausland einfließen lassen.

**Herr Klaus Wermker,** *Stadt Essen*

Was mir, ich beziehe mich jetzt unmittel-

bar auf Herrn Bodenschatz, am englischen Beispiel gut gefallen hat, ist die Tatsache, dass es offensichtlich eine politische Debatte über Stadt gibt, und zwar nicht bei den Fachpolitikern, sondern generell – eine nationale Debatte, jedenfalls habe ich Sie so verstanden, über Stadtpolitik. Das unterstreicht die Bedeutung der Stadt. Diese kann man, wenn man will, auch wieder statistisch belegen: Die Mehrzahl aller Menschen lebt in mittleren oder größeren Städten und es werden noch mehr werden. Auch die Zuwanderer werden in die Städte gehen. Kurz, die Bedeutung der Stadt nimmt objektiv zu, gleichwohl findet in diesem Land, jedenfalls nach meiner Wahrnehmung, außerhalb von Fachkreisen keine politische Debatte über Rolle, Ausstattung oder auch nur das Aussehen der Städte der Zukunft statt – außer natürlich in den jeweiligen Städten. Das Thema steht sozusagen nicht auf der nationalen Politik-Agenda. Das mag etwas mit unserem System zu tun haben, weil ja die Städte, ich nehme jetzt mal die Stadtstaaten explizit aus, unter das Kuratel der Länder gestellt sind und der Bund sich im Grunde gar nicht einmischen darf. Ein Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ja schon ein schwieriges juristisches Konstrukt. Was mich aber eigentlich fast erbittert, ist, dass die Bürger sich nicht um ihre Städte kümmern, dass die Bürger nicht mehr begreifen, das ihr Engagement für die Stadt lebenswichtig ist. Und ich sage ebenfalls deutlich, dass ich uns, also den Akteuren in den Stadtverwaltungen und in der Stadtpolitik, auch Schuld daran gebe. Wir haben in schlecht verstandenem,

vorwiegend aus sozialdemokratisch gefärbtem Etatismus gesagt, lehnt ihr euch zurück, wir machen das schon für euch. Interessanterweise – wir haben ja in Nordrhein-Westfalen gerade auch einen politischen Wechsel in vielen Großstädten erlebt – übernimmt die CDU, die auf ihren Fahnen oder in ihrem Wahlprogramm etwas ganz anderes stehen hatte, die Politik einfach unverändert. Sie macht sie nach meiner Wahrnehmung nur noch etwas schlechter. Darf ich eigentlich nicht laut sagen, weil ich ja in so einer Stadt lebe. Also es ändert sich sozusagen nichts. Ich glaube tatsächlich, das ist ein Schlüssel zu dem ganzen Problem. Wenn es uns gelänge – uns, damit meine ich auch die Parteien. Auch an dieser Stelle muss ich mich wieder schuldig bekennen. Ich bin Parteimitglied, habe 15 Jahre lang aktiv gearbeitet, und irgendwann habe ich es schlicht nicht mehr ausgehalten und mich daraus zurückgezogen, wie das viele von Ihnen wahrscheinlich auch getan haben. Das heißt, diejenigen, die die Parteien dringend bräuchten, sind nicht mehr in den Parteien drin, sondern kommentieren von draußen das politische Geschehen. Wir leben in einem demokratischen System. Wir müssten uns eigentlich alle gemeinsam dran machen, selber wieder politisch aktiv zu werden, und die Bürger dazu bewegen, ihre Städte als ihre Städte anzunehmen, einzufordern und auch ihre Beteiligung einzufordern und nicht immer darauf zu warten, dass der Staat ihnen etwas gewährt oder die Möglichkeiten dazu einräumt. Bürgerschaftliches Engagement ist so umfassend, wie man sich den Begriff nur irgend

denken kann. Ich meine auch nicht Ehrenamt, sondern bürgerschaftliches Engagement. Die Stadt muss sich wieder Gestaltungseinfluss zurücknehmen von den Politikern und den Verwaltungen. Das ist eine sehr schwierig umzusetzende, aber auch einfach formulierte Forderung, in diese Richtung sollte es gehen.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Herr Bodenschatz vielleicht hierzu anschließend. Die Frage ist, wer sind die Akteure, wer greift das auf? Ist das eine Vision, eine Vorstellung, die man sozusagen bei Sonntagsreden oder im Tränenpalast sagt, oder sind das nach den Erfahrungen im Ausland reale Dinge? Ich möchte das gleich an Herrn Fischer weitergeben, um einen Akteur anzusprechen, mit dem wir so etwas verbinden.



**Herr Markus Fischer, IHZ GmbH Berlin**

Ich möchte an Ihre Grundfrage, wer definiert etwas und unter welchen Bedingungen wird etwas definiert, anknüpfen. Was Herr Löhr gesagt hat, ist irgendwie alles einleuchtend. Trotzdem habe ich immer den Eindruck, dass es für mich unbefriedigend ist. So die Sickerereffekte, das ist ja

die alte Diskussion, ich kenne sie auch sehr gut, sie setzen voraus, dass wir etwas fördern, und das soll den Armen zugute kommen. Meines Erachtens ist das ja gar nicht die Diskussion. Wir leben in Städten, die sich ganz radikal verändern. Was heißt das, wenn sich ein solcher Strukturwandel – wie es so schön im Städtebaubericht der Bundesregierung heißt – vollzieht? Es findet der Übergang von der Industriestadt zur Dienstleistungsstadt statt. Das heißt zunächst einmal, und das zeigen ja Untersuchungen beispielsweise in den USA sehr gut, zunehmende soziale Ungleichheit und zunehmende räumliche Polarisierungen. Das heißt aber auch für diejenigen, die in diesen neuen Arbeitswelten stehen, eine neue Erfahrung von Arbeit. In den USA arbeitet man im so genannten kreativen Sektor in den ersten 10 Jahren seines Berufslebens im Durchschnitt 2,7 Jahre an einer Arbeitsstelle, dann wechselt man. Damit entsteht ein ganz anderer Lebens- und Arbeitsrhythmus.

Das zweite Problem ist, dass man jetzt Mittelschichten fördert – ich habe nicht dafür plädiert. Die derzeitige Situation ist aber so, sie werden gefördert, nur innerhalb der Diskussion „Soziale Stadt“ wird das nicht angesprochen. Mein Plädoyer wäre, alle sozialen Schichten in die Förderung zu integrieren und zu fragen, welche Effekte entstehen in der Gesamtheit und in welchem Verhältnis stehen die Förderkategorien untereinander.

Ein weiterer Punkt ist die Aussage: Städte sind nicht Häuser und Straßen, sondern

Menschen. Das ist schön und gut, aber ich finde es nicht so gut, wenn es damit die Intention verbunden ist: Soziale Stadt, da interessiert der Städtebau nicht und da interessieren damit die die physischen Stadträume nicht. Das wäre gleichbedeutend mit der Beschränkung der großen Investitionen, Baumaßnahmen, wie im Straßenbau usw., auf die guten suburbanen Gemeinden, wo die Reichen wohnen. In den ärmeren Quartieren finden dann nur Sozialmaßnahmen statt. Natürlich sind soziale Maßnahmen, wie Schulen und lokale Ökonomie, unglaublich wichtig, aber man darf nicht auf bauliche Maßnahmen verzichten. Wenn ich an dieser Stelle wieder auf das englische Beispiel verweisen darf – neue, grüne Parks im Armenviertel. Das ist so ein Element, eine bauliche Maßnahme. Auch findet man sehr oft neue Bibliotheken. Bibliothek, ein völlig veraltetes Konzept, wieso eine Bibliothek in einem Armenviertel? Bibliotheken werden im Wesentlichen dort als Weiterbildungsinstitutionen mit allen möglichen Weiterbildungsangeboten gebaut. In der Debatte der Bewertung von Fürsorge bin ich da sehr, sehr skeptisch. Im besten Sinne natürlich keine Fürsorge, sondern maximale Mitnahme, Weiterbildung, Bildung usw. – da bin ich völlig d'accord. Aber man muss davon ausgehen, dass es einen Teil, und zwar einen zunehmenden Teil von Menschen gibt, die nicht mitgenommen werden können. Was macht man mit denen? Für sie muss man natürlich fürsorgen. Ihre Perspektiven stellen eines unserer allergrößten Probleme dar, es sind genau die, die letztlich hinten runterfallen und verdrängt

drängt werden.

Deswegen muss soziale Stadtpolitik, meines Erachtens, verschiedene Strategien haben. Sie muss in Bezug auf den Strukturwandel ein Milieu schaffen, das auch interessant ist für neue kreative Mittelschichten, um überhaupt den Strukturwandel meistern zu können. Sie muss gleichzeitig eine maximale Mitnahme, insbesondere natürlich von Kindern und Jugendlichen über Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, der Menschen in sozial benachteiligten Gruppen und Quartieren gewährleisten. Aber drittens muss sie unbedingt, und das wird immer mehr vergessen, muss sie für einen Teil auch Fürsorgemaßnahmen treffen. Das bedeutet mehr, als nur sagen, das macht irgendwie die Zivilgesellschaft, die Kirche usw. An dieser Stelle können wir uns nicht ganz aus der Verantwortung herausstellen. Die Debatte darum, wer dieses Spektrum definiert, ist meines Erachtens anderswo vielleicht etwas weiter entwickelt. Die Frage ist auch, welche Rolle der Staat dort spielt. Ich frage mich auch öfter, ob in diesem Bereich der Stadtpolitik womöglich unser föderales System ein Hindernis in der internationalen Konkurrenz darstellt. Im Januar fand mit 1.600 Leuten eine der größten Veranstaltungen zum Thema Stadtentwicklung in Manchester statt, die es wahrscheinlich in Europa gegeben je hat (UK Sustainable Communities Summit 2005, 31 January - 2 February [A. d. R.]). Sie wurde vom britischen Städtebauminister John Prescott auf den Weg gebracht. Als Redner traten bedeutende internationale Fachleu-

te auf, aber, so viel ich weiß, kein Deutscher. Deutsche waren natürlich im Publikum, aber sie spielten keine aktive Rolle.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank. Die interessante Frage, auf die wir noch mal zurückkommen oder die wir vertiefen können, wird noch einmal sein, wer denn die Akteure sind - auch Sie werden sich sicherlich an der Diskussion beteiligen. Wie kann man nun den Prozess in Gang setzen. Man ist natürlich auf die Verantwortung der öffentlichen Seite, der gewählten Repräsentanten, fixiert. Das ist ja im Prinzip auch richtig so. Aber reicht das aus? Aber bevor wir dazu übergehen, würde ich Sie, Herr Fischer, bitten, aus Ihrer Arbeit zu berichten, wie Sie diesen Auftrag, oder auch Gemeinwesenarbeit, wenn ich den Ausdruck aufnehmen darf, umsetzen und verstehen, und warum Sie das machen.

**Herr Markus Fischer, IHZ GmbH Berlin**

Die IHZ GmbH ist beauftragt, sich um alles zu kümmern, was Wirtschaft und Vermietung angeht, für etwa 50.000 Wohnungen in 7 Bezirken Berlins. Dazu gehört freifinanzierter Wohnungsbau in Mitte genauso wie sozialer Wohnungsbau in Neukölln oder Kreuzberg, weiterhin auch Eigentumswohnungen und alles, was man sich darunter vorstellen kann. Deswegen haben wir, glaube ich, einen ganz guten Querschnitt bei uns, wie eigentlich städtische Gesellschaften gesehen werden, welche Mieterformen und welche Bevölkerungsgruppen bestimmte Forderungen an städtische Gesellschaften

dieser Stadt haben. In einem sind sich allerdings alle einig, egal ob es dann die so genannten Besserverdienenden in Mitte, oder eben die, die Bewohner des sozialen Wohnungsbaus sind. Sie erwarten alle von einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in dieser Stadt nicht mehr, dass sie besonders effektiv und gut organisiert ist. Das ist eine alte Debatte und man hat sich irgendwie damit abgefunden. Die Wohnungsbaugesellschaften kriegen das eben nicht so richtig hin, sind ein bisschen teuer und unorganisiert. Aber für eins sind sie immer noch gut, nämlich die Miete entsprechend schön niedrig zu halten, der Forderung nachzukommen, auf Mieterhöhungen zu verzichten und um soziales Engagement zu zeigen. Ich denke, dass das so aber nicht mehr funktioniert. Glücklicherweise sind seit einigen Jahren auch in der städtischen Wohnungswirtschaft Berlins aus meiner Sicht sehr fruchtbringende Aspekte in die Debatte eingeflossen. Grundsätzlich glaube ich auch, dass in der Sicht des Eigentümers auf seine Immobilie, auf seinen Kiez, auf sein Viertel, so große Unterschiede zwischen einer städtischen Gesellschaft und einem Privateigentümer eigentlich gar nicht geben kann. Beide wollen und müssen letztlich das Ziel verfolgen, eine betriebswirtschaftliche Immobilie zu bewirtschaften und zu vermieten. Das bedeutet, sich um die Immobilie, um das Umfeld und die Sanierung auch zu kümmern, um Service, um Dienstleistung und Ähnliches mehr. Insofern glaube ich auch, dass es richtig ist, Herrn Wermker ein wenig zu widersprechen – wir sind ja aufgefordert, hier auch ein bisschen zu

diskutieren –, der da sagte: „Um Gottes willen, verkauft nicht die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, weil man damit das Mittel aus der Hand gibt, soziale Stadterneuerung und Soziale Stadt zu steuern.“ Ich glaube, dass das zu kurz gedacht ist. Sicherlich mag es manche Private geben, die sich nicht darum kümmern, aber grundsätzlich, glaube ich, ist jeder Eigentümer daran interessiert, dass sein Viertel, seine Immobilie gut organisiert und bewirtschaftet wird. Etwa 18 Prozent unseres verwalteten Immobilienbestandes sind zumindest teilweise in den Händen der angesprochenen „amerikanischen Fonds“. Diese tragen bis auf Nuancen bis zum jetzigen Zeitpunkt keine andere Aufgabenstellung an uns, nämlich einfach dafür zu sorgen, dass die Immobilie gut bewirtschaftet und organisiert wird.

Zum Thema Förderung und Sponsoring. Ich habe in Vorbereitung auf den heutigen Termin einfach mal geschaut, was insbesondere die Wohnungsbaugesellschaft Mitte, die unsere Muttergesellschaft ist, in den 90er Jahren getan hat. Dabei bin ich darauf gestoßen, dass das Engagement in Größenordnungen vor allem den kulturellen Bereich in der Spandauer Vorstadt und dem Scheunenviertel betraf. An dieser Stelle ist aus meiner Sicht einiges geleistet worden, was der Startschuss für viele war, in dieser Stadt und auch darüber hinaus, kulturell und in der Kunstszene Erfolg zu haben. Es soll aber beileibe hier keine Selbstbeweihräucherung werden. Die Frage ist, wie sehen wir heute die Verantwortung zu diesen

Themen, als IHZ GmbH und als Wohnungsbaugesellschaft Mitte. In diesem Zusammenhang muss ich sagen, gehört es auch dazu, dass man immer an die Finanzierung solcher Maßnahmen denkt. Wir bekommen im Prinzip keinerlei Gelder mehr von der öffentlichen Hand und das ist auch in Ordnung so. Auf der anderen Seite müssen uns mit der berechtigten Forderung auseinandersetzen, letztlich auch einen Beitrag zum Landeshaushalt in Form von Gewinnabführung oder Ähnlichem zu leisten. Insofern müssen wir solche Maßnahmen sorgfältig abwägen. Das betrifft sowohl kiezunterstützende Maßnahmen, wie die Förderung von Vereinen, oder auch die Mietreduzierung von Gewerbetreibenden. Letzteres ist ein sehr wichtiger Aspekt, der nicht nur für die Gewerbetreibenden selbst, sondern für ein ganzes Viertel relevant ist. In diesem Sinne ist es für uns sehr wichtig und gut, dass wir z.B. auch Immobilien bewirtschaften und betreuen, die in der Friedrichstraße liegen.

Das Internationale Handelszentrum ist vorhin schon angesprochen worden. Die Mieteinnahmen dort haben eine existentielle Bedeutung, um überhaupt darüber nachdenken zu können, ob es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, in bestimmten Gebieten, in bestimmten Situationen auch einen Beitrag zur Stabilisierung eines Viertels hinsichtlich Integration, Sauberkeit, Sicherheit etc. zu leisten. Daher sind wir als Bewirtschafter natürlich auch immer darauf angewiesen, dass die uns beauftragenden Eigentümer, bei Verkäufen sehr sensibel vorgehen. Ich denke, dass

man nicht Schwarzmalerei betreiben muss, in der Form, dass alles, was man vom Bestand städtischer Gesellschaften, an Dritte verkauft, von vornherein den Untergang darstellt. Aber es gehört auch dazu, dass die Wohnungsbaugesellschaften nicht allein für das Soziale verantwortlich gemacht werden – für soziale Brennpunkte und Subventionierung, während alles, was Rendite verspricht, den Großinvestoren überlassen wird. So kann das nicht funktionieren, es muss immer ein Mix vorhanden sein. Eine Wohnungsbaugesellschaft in dieser Stadt sollte darin unterstützt werden, dass sie diese Balance zwischen sozialer Verantwortung für bestimmte Gebiete und natürlich auch Renditestreben insbesondere bei Gewerbeimmobilien oder auch freifinanzierten Immobilien, aus eigener Kraft halten kann. Wenn dieses Denken stärker Fuß fasst, wenn wir diese Unterstützung stärker erhalten, dann wird auch ein Unternehmen wie die IHZ und die WBM soziales Engagement aufrechterhalten können.

**Zwischenruf Herr Cornelius van Geisten, S.T.E.R.N. GmbH**

Was ist jetzt der Widerspruch?

Nein, ein Widerspruch war das nicht. Was ich sagen wollte, ist, dass es möglich sein muss, dass man z.B. in Gewerbegebieten wie der Friedrichstraße oder auch im freifinanzierten Wohnungsbau einer Forderung nicht nachgeben muss, die da heißt, bitte reduziert Mieten, bitte versucht hier nicht, betriebswirtschaftliches Denken bis zum letzten Punkt durchzusetzen. Vielmehr sollte man in bestimmten Berei-

chen, dort, wo es eben auch möglich ist, nicht deshalb auf Einnahmespielräume verzichten, weil man eben eine städtische Gesellschaft ist. Dort muss man genauso agieren können, wie ein Privateigentümer. Damit wird die Grundlage geschaffen, um in bestimmten sozial benachteiligten Quartieren überhaupt eine Verantwortung wahrzunehmen zu können.

**Herr Prof. Michael Krautzberger, Moderation**

Vielen Dank. Herr van Geisten, Sie haben eine Wortmeldung? Das können wir vorziehen, wir haben hier keine Tagesordnung, die wir nicht modifizieren können.

**Herr Cornelius van Geisten, S.T.E.R.N. GmbH**

Als wir diese soziale Frage in den Mittelpunkt stellten, da haben uns alle als Sozialromantiker bezeichnet. Jetzt, mit einem Mal, stellen auch die Wohnungsbaugesellschaften oder die Verwaltung die soziale Frage in den Mittelpunkt. Das ist auch ganz richtig so, aber sie tun es aus wirtschaftlichen Überlegungen. Sie können es sich gar nicht leisten, die Miete zu hoch zu schrauben, wenn dann die Mieter ausziehen, oder sie im Gegenzug so niedrig gestalten, das sie damit nur eine bestimmte Klientel ansprechen. Deswegen habe ich den Widerspruch eben nicht verstanden, weil das ja wirtschaftliches Verhalten ist. Das Verhalten zu den Mietern, zu den Ansprüchen der Mieter ist in einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt, plötzlich nicht mehr eine moralische, sondern eine wirtschaftliche Frage. Deswe-



gen eben der Zwischenruf, wieso da ein Widerspruch existiert oder was gegeneinander steht.

**Herr Markus Fischer, IHZ GmbH Berlin**

Vielleicht kann ich direkt darauf antworten. Ich gebe Ihnen da völlig Recht, vielleicht habe ich mich da nicht ganz klar ausgedrückt. Das meinte ich mit der gleichen Betrachtung des Eigentums durch einen Privateigentümers und eine städtischen Gesellschaft. Der jeweilige Verantwortliche hat natürlich die ureigenste Verpflichtung bzw. das Ziel, dass die Immobilie voll vermietet ist, dass die Mieter zufrieden sind und dass sie letztlich auch ihre Miete zahlen. Dazu gehört natürlich auch ein gewisses Engagement, das gleich ist und in erster Linie nichts mit sozialer Verantwortung zu tun hat, sondern mit dem Auftrag, die Immobilie bestmöglich zu bewirtschaften. Da gebe ich Ihnen völlig Recht. Was ich meinte, ist der zweite Teil, der weit darüber hinausgehenden Betreuung der Immobilie, in Form der Förderung von Interessengemeinschaften, von sozialen oder kulturellen Initiativen, die man eben nur dann leisten kann, wenn man auch Immobilien im Bestand hat, die nicht nur mit hohem Leerstand, mit schwierigen Gebieten oder Ähnlichem verbunden sind. Diese versetzen einen erst in die Lage als städtische Gesellschaft, bestimmte andere Aktivitäten zu finanzieren. Diese Diskussion ist aus meiner Sicht in dieser Stadt entstanden, da man oft sagt, die städtischen Gesellschaften sind für die sozial Benachteiligten und für die sozialen Brennpunkte zuständig. Der andere Teil, sozusagen

das Renditestreben, ist für die Privaten reserviert. Das wäre aus meiner Sicht etwas zu eng ausgedrückt.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Jetzt würde ich gern eine Nachfrage stellen und vielleicht auch Herrn Dr. Löhr und Frau Spieler bitten, was dazu zu sagen, nämlich die Frage, wie stark eigentlich auch im unternehmerischen oder nicht-staatlichen Bereich Engagement vorhanden ist. Damit würde ich gern von der Mietpolitik zu dem Bereich Sponsorship kommen, den Sie auch angesprochen haben. Bei großen Unternehmen ist es meistens so, dass sie einen Etat für „das Gute das Wichtige“ haben. Der Vorstand beschließt meist im September über die Verteilung dieser Mittel – da werden Schwerpunkte gesetzt, wo sich das Unternehmen besonders engagieren will. Die Frage ist, wie das bei ihnen geregelt ist? Die Organisation dessen, was über den Anwendungsbereich hinausgeht, aber doch auf die Mietpolitik und das Quartier bezogen ist, in dem sie tätig sind. Frau Spieler würde ich dann anschließend gerne fragen, ob ihre Schule eigentlich auch mit der Wirtschaft kooperiert und inwiefern sie selber oder andere Beispiele kennt, wie das mit dem unternehmerischen Engagement ist. Das ist gerade das, was Herr Bodenschatz aus anderen Staaten kennt, dass von dieser Seite Verantwortung für Schulen übernommen wird, in Ländern und Städten, in denen die Situation der öffentlichen Hand wesentlich prekärer ist, als wir sie in Berlin oder in anderen deutschen Städten vor-

finden. Herr Dr. Löhr könnte aus den Erfahrungen mit der „Sozialen Stadt“ mitteilen, was und wo über solch außerstaatliches Engagement für Stadtquartiere berichtet werden kann.

**Herr Markus Fischer, IHZ GmbH Berlin**

Ihre Frage zielt jetzt auf konkrete Projekte und konkrete Formen der Zusammenarbeit? Wenn Mieter sich in einem Kiez, in einem Stadtviertel wohlfühlen sollen, dann kommt eben auch den Gewerbetreibern in eine besondere Bedeutung zu. Es gibt es z.B. eine sehr starke Kooperation unserer Gesellschaft mit der Interessengemeinschaft im Nikolaiviertel. Das Nikolaiviertel kennen Sie alle – etwa 90 Prozent des dortigen Bestandes sind in den Händen der WBM, der IHZ GmbH. Das Quartier hat eine sehr problematische Insellage, die im Gewerberaumbereich darunter gelitten hat, dass so viele Shoppingcenter in dieser Stadt entstanden sind. Wir haben uns hier über einen sehr langen Zeitraum hin mit den Mietern zusammengesetzt und versucht zu helfen, nicht allein durch die Subventionen von Mieten, nicht alleine durch Förderung und Sponsoring von Aktionen und Veranstaltungen, obwohl das sicherlich z. T. auch dazu gehört. Wir wollten die Gewerbetreibenden vielmehr dazu bewegen, selbst auch zu tun, etwas auf die Beine zu stellen. Wir mussten im Prozess feststellen, dass die Gewerbetreibenden, insbesondere im Nikolaiviertel, sich sehr stark zerstritten haben und sehr starke Egoisten dominierten. Nach einigen Jahren haben wir es mittlerweile geschafft, dass sie auch selbst teilweise in der Lage

waren, bestimmte Projekte auf den Weg zu bringen und wir sie nicht mehr unentwegt an die Hand nehmen mussten.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Und warum machen Sie das?

**Herr Markus Fischer, IHZ GmbH Berlin**

Warum wir das machen? Ganz einfach, eine moderate Mietenpolitik, eine solche Unterstützung ist wichtig, um letztendlich die Stabilität der Gewerbetreibenden dort zu erhalten. Andersrum gesagt, wenn wir uns nur hinsetzen würden, nur unsere Miete in der vertraglich vereinbarten Größenordnung erhalten wollten, würden wir Leerstand produzieren und würden letztlich auch provozieren, dass das Nikolaiviertel an Attraktivität verliert, dass es auch für Wohnungsmieter nicht mehr interessant ist und Ähnliches mehr. Das heißt, es ist eigentlich eine selbstverständliche Verantwortung für jeden Eigentümer, sich so zu verhalten und derartige Prozesse zu unterstützen. Ich denke, man sollte sich nicht darauf beschränken, nur Geld zu geben oder auf Mieten zu verzichten, sondern auch selbst Instrumentarien anwenden. So hat sich die Interessengemeinschaft jetzt z. B. bei dem Wettbewerb „MittendrIn Berlin“ beworben, wo sie selbst ein Projekt vorstellen werden.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank. Jetzt, Frau Spieler, die Frage an Sie, man kann sie mit ja oder nein beantworten, aber vielleicht machen sie

noch ein paar Ergänzungen.

**Frau Anette Spieler, Fichtelgebirge-Grundschule**

Der Weg ist klar, die Schule muss sich öffnen. Wir beschreiten diesen auch und versuchen Kooperationspartner zu finden. Ich habe persönlich noch keine direkten Kontakte mit der freien Wirtschaft aufgenommen, bin aber jetzt auch auf dem Weg, weil wir gute Partner suchen. Sobald es um Finanzierungsangelegenheiten geht, kann ich nichts beitragen, weil wir als Schule keine Mittel haben, um Projekte zu unterstützen. Von daher weiß ich die Frage so direkt nicht zu beantworten. Ich weiß, dass manche Schulen Partner in der Wirtschaft gefunden haben, die z. T. auch den Schulhof mit umgestaltet haben. Wir sind jetzt, wie gesagt, auf der Suche. So wollen wir gern mit Cabuwazi, diesem Kinderzirkus, einen Kooperationsvertrag eingehen, um unseren Kindern die Möglichkeit zu eröffnen, über Bewegung Selbstbewusstsein zu erlangen. Denn bei uns geht es natürlich immer um pädagogische Aspekte und darum, wie wir unseren Kindern einen guten Start ins Leben geben können. Dafür ist eine Finanzierung unerlässlich und wir suchen über unseren Förderverein nach Möglichkeiten.

**Herr Prof. Michael Krautzberger, Moderation**

Sie haben diese Woche vielleicht auch in der Zeitung den Bericht gelesen, der berichtete, dass der Strom in die Privatschulen in den letzten 10 Jahren evident wurde. Ich glaube, ein Fünftel mehr

Schüler gehen auf Privatschulen, als es früher war, was ja auch eine Antwort auf das Schulsystem und den Zustand von Schulen ist. Es wird in den Lehrbüchern der Stadtentwicklung gelehrt, dass es in Amerika Unternehmer gibt, die sagen, wir unterstützen die Schule, denn wir wollen gute Schulen haben, damit wir im Quartier eine Chance haben und damit wir unsere Mitarbeiter und unsere Führungskräfte halten können. Die Frage richtet sich ebenso an Herrn Löhr, sind Ihnen Projekte dieser oder anderer Art bekannt?

**Herr Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik**

Wir veranstalten am 30. Mai im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ eine Tagung, die sich „Bildung im Stadtteil“ nennt. Sie wird hier in Berlin stattfinden und Herr Böger wird sie eröffnen. Im Rahmen dessen werden wir am Beispiel einer Reihe von Berliner Modellen vorstellen, wo diese Aktivitäten gerade stattfinden. Eines davon, was mir jetzt gerade einfällt, ist eine Realschule, die mit der Wirtschaft in besonderer Weise kooperiert und so dafür Sorge trägt, dass ihre Absolventen den Übergang in den Beruf unmittelbar finden. Das sind Aktivitäten, die von der IHK unterstützt und gefördert werden. Von solchen Beispielen gibt es einige. Das betrifft weniger Grundschulen, die haben andere Aufgaben, die müssen vor allem Sprachunterricht und Spracherziehung leisten. Den Übergang in die Wirtschaft zu ebenen, das ist die Aufgabe der Hauptschulen, der Realschulen und vielleicht auch der Gymnasien. Auf diesem Gebiet ist ein Anfang gemacht.

Außerstaatliches Engagement gibt es in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ in sehr breiter Form. Nordrhein-Westfalen lobte in diesem Jahr einen Wettbewerb zur Imageverbesserung der Stadtteile aus („Gemeinsam für ein besseres Image“ [A. d. R.]) – Herr Wermker, d.h. die Stadt Essen, ist daran auch beteiligt. Die Ergebnisse werden auf der Messe „B.E.S.T. Soziale Stadt NRW – Bürger-Engagement im Stadtteil“ präsentiert, und in diesem Rahmen werden auch die besten Initiativen honoriert. Diese werden von Vereinen, Kirchengemeinden, Verbänden oder Bürgerinitiativen getragen, die sich um ihren Stadtteil kümmern und da ihr privates Engagement, ihre Arbeitskraft oder ihre Leistungsfähigkeit einsetzen. Das Programm „Soziale Stadt“, ist, trotz des Namens, zunächst einmal ein Investitionsprogramm, weil der Bund eben nur Investitionen fördern kann. Diese Kritik, dass eben nur bauliche Maßnahmen gefördert werden, wird oft an dem Programm geübt. Aber das Programm ist so angelegt oder versucht zu erreichen, dass die baulichen Maßnahmen in Kooperation und Integration mit anderen Bereichen durchgeführt werden – Beispiel Schule, Beispiel Jugendhilfe. Es ist häufig sehr wichtig, Räume bereitzustellen oder zu schaffen, in denen Jugendliche etwas tun können. Die können natürlich nicht von der Stadtplanung oder vom Stadtplanungsamt betrieben werden, sondern eben vom Jugendamt oder einem Wohlfahrtsverband. Die Art von integrativer Planung funktioniert letztlich nur, wenn sich die Verwaltung auf der städtischen Ebene reformiert, ein stärkerer Sozial-

raumbezug in die Politik einkehrt und Kooperation stattfindet. Das ist derzeit noch ein sehr schwieriges Unterfangen. Herr Wermker kämpft dafür, wir kämpfen dafür an vielen Stellen, weil da die alte sektorale Betrachtungsweise vorherrscht – was soll ich mit dem Nachbarn reden, da verliere ich ja an Macht anstatt zu sehen, dass man dadurch Einfluss gewinnt, dass man seine eigenen Probleme nur lösen kann, wenn man kooperiert, wenn man mit anderen zusammen etwas bewegt. Das halte ich für eminent wichtig.

Fürsorge, um auf Herrn Bodenschatz einzugehen, ist natürlich ein Thema, das überhaupt nicht an Bedeutung verloren hat. Aber wir haben in den 70er Jahren angefangen und das in den 80er Jahren auch fortgeführt, Fürsorge für alles Mögliche zu betreiben und damit im Grunde viele Menschen entmündigt. Diese Entwicklung ist heute überhaupt nicht mehr tragbar. Es gab schon vor über 10 Jahren eine Analyse die „der überforderte Staat“ hieß, lange vor den „überforderten Nachbarschaften“. Bereits 1979 erschienen ein „linkes“ Buch, in dem angeprangert wurde, dass der Sozialstaat in der bisherigen Form, in der der Staat den Menschen etwas Gutes tut, überhaupt nicht mehr effizient sein kann, weil er den Menschen von der eigenständigen Verantwortung für sich selber entmündigt. Es muss zu einer „Koproduktion“ zwischen Staat und Bürger gefunden und nicht einseitig Verantwortung auf den Bürger abgeschoben werden. Nur gemeinsam kann die Erbringung der Leistungen basisdemokratisch legitimiert erfolgen, damit auch zielorien-

tiert und kostengünstig. Diese Forderungen sind jetzt schon über 25 Jahre alt, und wir versuchen sie mit dem Programm „Soziale Stadt“ wieder zu beleben.

Diese dritte Ebene vom Quartiersmanagement, nämlich die Reform aus der Verwaltung, die Kooperation, die Integration verschiedener Ressorts und auch die Bündelung verschiedener Mittel ist sehr schwer umzusetzen. Es geht noch am besten auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene nur sehr unzureichend. Nordrhein-Westfalen bietet durchaus Beispiele, aber in diesem Bereich eher selten, und andere Länder eigentlich überhaupt nicht. Wir versuchen jetzt einen Modellversuch „offene Koordination“ zu starten, in dem die Länder sich gegenseitig berichten, wie sie auf der Ressortebene kooperieren – es bestehen aber große Widerstände der Länder gegen dieses Bestreben. Auf der Bundesebene ist es ebenfalls sehr schwierig. Mit dem Jugendministerium hat es geklappt, weil der Sozialraumbezug in der Jugendhilfe lange diskutiert wurde. Sie haben das Programm Soziale Stadt gebietsorientiert genutzt, um diesen Ansatz zu verbreiten und im Grunde durchzusetzen. Aber das ist der einzige Lichtblick, die Wirtschaftsförderung interessiert sich letztlich nicht für diesen Bereich und viele Andere, wie die Arbeitsverwaltung, interessieren sich nicht für einen gebietsbezogenen Anlass, sondern sagen, wir haben individuelle Ansprüche oder wir haben andere Interessen. Es ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, denn nur wenn es gelingt, dass Städtebau, Wirtschaftsförderung,

Jugendhilfe und Sozialhilfe und wer auch immer zusammen die Probleme in den betreffenden Gebieten angehen, nur dann können wir die notwendigen Transformationsprozesse in den postindustriellen Staat, wirklich leisten. Die Möglichkeiten sind durchaus vorhanden, auch für die Menschen in den benachteiligten Quartieren, obwohl viele Stadtsoziologen sie für überflüssig erklärt haben – die brauchen wir eigentlich nicht mehr für die Wirtschaft. Das halte ich für eine Fehleinschätzung, die abgebaut werden muss. Das ist eine Anforderung an die Menschen, aber es ist vor allem auch eine Anforderung an den Staat, hier integriert und kooperativ vorzugehen. Für diese große Aufgabe müssen wir uns noch sehr anstrengen, um vorwärts zu kommen.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank. Wenn nicht Herr Wermker oder Herr Bodenschatz direkt antworten wollen, würde ich jetzt einfach sagen, dass das eine gute Gelegenheit wäre, Nachfragen und Stellungnahmen abzugeben. Bitte.

**Frau Petra Oelsner, Bewohnerbeirat  
und Mutterschutzinitiative in Marzahn-  
Nord-West**

Sie sprechen hier ein Thema an, das uns schon über mehrere Jahre hinweg beschäftigt, nämlich die Beteiligung der Bürger. Es ist aber gar nicht so einfach, denn nur dann, wenn die Bürger recht laut sind, sich nach allen Seiten hin wehren und alle Möglichkeiten die ihnen zur Verfügung stehen auch ausschöpfen, ist

es möglich, in Kommunikation zu treten.

An dieser Stelle möchte ich auch gleich noch sagen, die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften werden noch ge-braucht, denn nur diese Häuser können abgerissen werden. Kein privater Investor würde sein Eigentum vernichten und das hat man bei uns tatkräftig gemacht. Wenn die Bürger da draußen nicht aktiv geworden wären, wäre das städtebauliche Ensemble, so wie es jetzt steht, nicht er-halten geblieben, denn Herr Senator Strieder hatte gesagt, wir stellen dort lie-ber ein Birkenwäldchen hin, obwohl wir in Marzahn sehr viel Grün haben, wir brau-chen keine Parks. Jetzt versuchen wir seit Monaten schon wieder mit dem Pla-nungsverantwortlichen dieser Stadt in Kommunikation zu treten, weil man, nachdem man etwas Neues – die Terras-sen in Ahrensfelde – aufgebaut hat, uns eine Umgehungsstraße mit einer 6 ½ m hohen Mauer vor die Tür setzt, diese ist damit doppelt so hoch wie die Mauer, die 40 Jahre lang diese Stadt geteilt hat. Darüber gibt es keine Gesprächs- oder Austauschmöglichkeiten, damit sich die Menschen vor Ort wehren können, gegen diese Trennung von zwei Ortsteilen, die eigentlich über Jahre hinweg zusammengewachsen sind. So geht es einfach nicht und wir müssen uns wahrscheinlich wieder was einfallen las-sen. Vielleicht siedeln wir dann nach Ros-tock um oder so. Auf alle Fälle ist es unfair, wenn hier vom Podium herab über die Einbeziehung der Bürger gesprochen wird. Es gibt schon Möglichkeiten in dieser Stadt, aber die werden in der Konsequenz nicht gesehen und auch nicht

und auch nicht entsprechend unterstützt.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank. Herr von Geisten.

**Herr Cornelius van Geisten, S.T.E.R.N. GmbH**

Der Armutsbericht der Bundesregierung zeigt, dass Armut zunimmt. Die Evaluati-onsstudie in Berlin zeigt, dass Armut sich in den Vierteln konzentriert, wo sie sich schon immer konzentrierte. Darauf jetzt zu reagieren, lieber Herr Bodenschatz, indem man davon redet, was man alles für die Innenstädte tun muss, ist meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang wirklich falsch. Deswegen bezweifle ich auch diese Überschrift „Fürsorgen oder Spielräume öffnen“. Für beide Themen – ich meine, wir sollten die Außenbeiträge der Diskussion jetzt ruhig mal auf Berlin beziehen – gibt es genug Anlässe. Wir spüren es in den Quartiersmanagement- und den Sanierungsgebieten überdeut-lich, dass Armut zunimmt. Diese Aufgabe, die Herr Löhr gestellt hat, Verwaltung muss sich darauf einstellen, die ist unge-mein schwer. Ich will ein Beispiel nennen, weil wir hier ja eine Schulleiterin sitzen haben. Gerade wird in Berlin die Schul-verfassung neu gemacht. Den Schulen wird freigestellt – da hätte man vor Jah-ren noch gesagt, ganz toll – sich ihr eige-nes Profil zu bilden. Es darf sich also jede Schule ein Profil bilden. Was heißt das für uns in diesen Gebieten, wo Armut zu-nimmt, wo der Aufstiegswille, den man früher aus den proletarischen Vierteln in Berlin und im Ruhrgebiet kannte, nicht

mehr existent ist? Dort spielt die Schule eine ganz zentrale Rolle. Was heißt das, wenn die Lehrer, die aus ganz anderen Schichten kommen, dann dort das Profil bilden dürfen? Es wird nicht das Profil, was nötig ist, vor Ort. Z.B. die Sprachfähigkeit der Kinder in jeder Beziehung, dazu gibt es genügend Modelle, das ist jahrelang in Berlin evaluiert worden. Es ist im Prinzip alles da, aber es ist nicht in den Schulen, die in den Quartieren liegen, oder grundsätzlich nicht in den Schulen. Dieses Stück Einbindung der Verwaltung untereinander, und ich meine da nicht nur die Verwaltung, sondern letztlich ist die Politik gefordert, um zu erreichen, dass die verschiedenen Verwaltungen unter der Zielsetzung „Soziale Stadt“ in den Gebieten zusammenwirken. Es heißt also nicht einfach, wir brauchen die besten Schulen in den benachteiligten Quartieren, das ist ja richtig, aber wir brauchen die für die Gebiete auch die richtig ausgerichteten Schulen. Da kann nicht ein Streit geführt werden, ob ich ein paar Teilungsstunden mehr nach Zehlendorf oder nach Tempelhof gebe, sondern die gehören dann dahin, wo ich diese intensive Sprachförderung machen muss. Das ist nur ein Beispiel, was man für die verschiedensten Einrichtungen fortsetzen könnte.

Wenn wir über Berlin reden, müssen wir – die Senatorin wird ja vielleicht auch noch Stellung beziehen – auch über die Versuche sprechen das Programm Quartiersmanagement zu verbreitern und gleichzeitig immer ein bisschen zu verkleinern. Dieser verzweifelte Versuch

läuft auch nur unter Finanzierungsüberlegungen. Es ist nicht die Bewegung vorhanden, wo Politik ganz entschieden sagt, das ist unsere Zielsetzung und die Kräfte der verschiedenen Ressorts werden auf diese Gebiete konzentriert. Eine solche Prioritätensetzung muss passieren, denn wir können bei dem Prozess nicht einfach zuschauen und nachher feststellen, dass Slums entstanden sind. Das wäre in Deutschland auch nicht durchsetzbar, da gäbe es vorher ganz andere politische Unruhen. Die Konzentration der Politik, die Umstellung der Verwaltung und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sind, glaube ich, das Erste, was wir brauchen, damit sich der richtige Ansatz der sozialen Stadtentwicklung wirklich in die verschiedensten Bereichen durchsetzt. Danke.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank Herr von Geisten. Vielleicht wollen ja Herr Wermker und Herr Bodenschatz, weil Sie direkt angesprochen wurden, etwas darauf sagen? Ich will noch mal in Erinnerung rufen, was Herr Dr. Löhr sagte, über die bestehenden Handlungszwänge. Auf der anderen Seite muss man natürlich berücksichtigen, dass eine Stadt nur begrenzte Handlungsmöglichkeit hat. Unser ganzes System, vom Bund angefangen, ist so organisiert, als ob wir noch in der Versorgungssituation des 19. Jahrhunderts wären. Der eine kümmert sich um die Wohnungen und schaut nicht links und rechts und der andere um die Straßen. Damit ist ein gesetzliches und ein Fördersystem von oben nach unten

konstruiert, infolge dessen sich die Akteure wahnsinnig schwer tun, Stufen zu überspringen. Das ist eigentlich eine Aufgabe, von der auch Herr Bodenschatz sprach, und wo man nachdenklich wird, ob man nicht die Stadtpolitik als solche neu definieren muss. Das nur einmal als Zwischenruf. Es soll ja nicht entmutigen, sondern im Gegenteil Mut machen. Herr Wermker und vielleicht Herr Bodenschatz und – Pardon, vorher ihre Wortmeldung, denn die Stehenden müssen zuerst reden.

**Frau Susanne Mauersberger,**  
*Stadtplanerin*

Ich bin in einer Initiative tätig, die sich eben neu gründet, aber auch schon einige Projekte im Bereich der Einbeziehung von Schulkindern in die Stadtplanung gemacht hat. Die Kinder sollen auf diese Weise den Prozess der Diskussion lernen. Das kommt mir hier ein bisschen zu kurz. Wir reden über Bildung. Bildung hat für mich mehr mit Intellektualität zu tun als mit Kommunikation. Wir reden über die Einbeziehung oder Einbindung von Akteuren, von Bürgern in Stadtplanungsprozesse oder in überhaupt Beteiligungsprozesse. Meiner Meinung nach, und das habe ich auch in der E-Mail geschrieben, geht es viel mehr darum, Kinder rechtzeitig einzubeziehen, Kindern und Jugendlichen schon in den Schulen zu zeigen, dass sie etwas bewegen, diskutieren, mitdiskutieren können. Wenn sie es da nicht lernen, brauchen wir erst gar nicht bei Erwachsenen damit anzufangen, Beteiligung zu fordern. Danke.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank. Herr Wermker.

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Verwaltungsumbau natürlich, Bürgerbeteiligung natürlich. Jetzt kann man diese ganzen Dimensionen durchdeklinieren und sagen, völlig klar, alle haben Recht. Das Interessante, und was mich im Moment eigentlich am meisten bewegt ist, dass wir, behaupte ich, für alle dieser Problemthemen nicht die strukturellen Antworten haben, die die Welt verändern. Aber wir können für alle diese Problemthemen erfolgreiche Projekte vorweisen, die in den letzten 20 Jahren realisiert wurden. Was uns fehlt ist die nötige Unterstützung der Politik und/oder der Menschen, denn das ja sind schließlich die Wähler, das will ich deutlich hervorheben. Ich will mich nicht in Politikbeschimpfungen ergehen, denn von Seiten der Wähler wird auch kein Druck ausgeübt, wenn ich mit die Wahlbeteiligung bei Bundestags- und bei Landtagswahlen vor Augen führe.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Irgendwie machen Sie aber doch auch selbst Politik, oder?

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Ja klar, deswegen sage ich ja, das ist ein bisschen zu billig. Gleichwohl, eine solche Debatte, wie sie heute stattfindet, ich weiß nicht, wann ich die das letzte Mal in einer politischen Partei erlebt habe, das ist in jedem Fall schon ziemlich lange her. Es ist ja auch kein Wunder, dass es das



Stadtforum gibt. Wenn es eine lebendige kommunalpolitische Debatte in den Parteien gäbe – ich erinnere mich an den Anfang der 70er Jahre, da wurden überall kommunalpolitische Programme neu gebastelt. Irgendwann fanden die Diskussionen nicht mehr statt, und dann entwickelte sich an vielen Orten beispielsweise das Stadtforum als Ersatz, ich kann es nicht anders interpretieren, für das, was in den politischen Parteien nicht mehr stattfindet – im Übrigen auch, weil Sie alle nicht mehr hingehen. Ich sage es noch einmal, das ist meine feste Überzeugung, für jedes Problem finden wir, durch Anfrage beim Difu, bei unserem Städtenetzwerk in Nordrhein-Westfalen, durch tiefeschürfende Literaturrecherche oder im Internet, projekthafte Lösungen für dieses Thema, die sich als erfolgreich herausgestellt haben.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank. Jetzt Herr Bodenschatz.

**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**

Wir haben jetzt mehrere Statements gehört, dass das Programm „Soziale Stadt“ sehr wichtig ist. Das will ich überhaupt auch gar nicht in Frage stellen, da will ich auch überhaupt nichts dagegen sagen. Meine Argumentation ist nur zu überlegen, wie man die strategische Organisation eventuell erweitern könnte. „Soziale Stadt“ ist auch einfach ein Sektor mit Spezialisten für ein bestimmtes Gebiet und mit einem bestimmten Programm. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die sozialen Verhältnisse unabhängig

von unseren Möglichkeiten als Städte weiter radikal verändern werden. Zweitens müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es andere Förderprogramme gibt, die nicht mit diesem abgestimmt sind. Es besteht die Frage, was wir beispielsweise mit dieser Eigenheimzulage machen wollen. Wollen wir sie jetzt in die Bildung umleiten oder was auch immer. Das ist eine Diskussion, die so richtig eigentlich gar nicht geführt wird, sondern die im politischen Klüngel festgefahren ist. Es besteht auch die Frage, wie man mit den immensen Mitteln umgeht, die ja weiterhin in die Städte fließen? Das sollte nicht als Diskussionsfeld über den Abbau von Fördermitteln betrachtet, sondern mit der Frage der Transformationspolitik gekoppelt werden. Wir müssen uns dem Problem stellen. Wohin steuern die Städte und wie können wir eine neue Basis schaffen. Wenn ich da noch mal zugespitzt sagen kann, die Beispiele, die als relativ erfolgreich gelten, nehmen wir mal Manchester, oder Genua, das Manchester Italiens, dann kann man natürlich sagen, dass die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt, und zwar als die Armut extrem hoch war, trotzdem entschieden haben, beispielsweise Projekte zur Qualifizierung des öffentlichen Raums im Zentrum der Stadt durchzuführen. Ist das wirklich völlig unsinnig oder hat es vielleicht doch einen Sinn? Zumindest bitte ich darum, über so eine strategische Optimierung nachzudenken und eigentlich nicht zu sagen, wir führten bereits vor 20 Jahren diese Diskussion und sie war sozusagen statisch. Wir erleben einen unglaublichen Veränderungsprozess. Wir müssen strategisch

darüber nachdenken, wie wir die Soziale Stadt auch in Zukunft gestalten und vielleicht noch erweitern können.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank Herr Bodenschatz. Jetzt würde ich gern noch einmal Frau Spieler zu dem Stichwort der Einbeziehung von Kindern zu Wort kommen lassen.

**Frau Anette Spieler, Fichtelgebirge-Grundschule**

Ich kann die Stadtplanerin nur tatkräftig unterstützen und sagen, machen Sie weiter so. Ich erwähnte schon die Aushandlungsrunden an unserer Schule, die in dieselbe Richtung weisen. Es ist erstaunlich, wie selbst Grundschüler im 2. Schuljahr ihre Wünsche formulieren und vor allen Dingen auch vor Erwachsenen präsentieren können. Wir Erwachsenen nehmen das durchaus so ernst, dass wir auch versuchen die Vorschläge umzusetzen. Das ist das A und O, dass man das wirklich so anpackt, damit auch die Kinder frühzeitig lernen, sich zu äußern und ihre Wünsche auf diese Art und Weise kundtun zu können. Außerdem haben sie dann noch den Erfolg, dass die Lehrer das tatsächlich so machen.

Weiterhin wollte ich noch kurz auf die Sprachförderung eingehen. Die Fichtelgebirgs-Grundschule beschäftigt sich glaube ich seit 20 Jahren mit der Sprachförderung. Wir haben Förderklassen eingerichtet. Das gehörte schon zur Schulgeschichte dazu, lange bevor es die Förderklassen in dem heutigen Sinne gab

und die es jetzt ab dem nächsten Schuljahr leider nicht mehr gibt. Wir hatten bislang immer die Möglichkeit, kleine Gruppen mit einer Zahl von 15 Kindern einzurichten. Das hat sich bewährt, da in einer kleinen Gruppe die Sprachförderung besser funktioniert. Jeder von uns weiß aber, dass ein Sprachkurs mit wenigen Teilnehmern eine teure Angelegenheit ist – und das ist es eben. Da wurden Lehrerstunden gestrichen, die unseren Kindern wahnsinnig gut tun würden. Allerdings muss man auch dazu sagen, das habe ich in den 14 Jahren Schulleiterin auch gelernt, Sprachförderung erst in der Grundschule zu beginnen, ist zum Teil schon zu spät. Ich bin jetzt sehr gespannt darauf, wie sich das Bildungsprogramm, das jetzt seit einem Jahr in den KITAs läuft, sich in 2, 3 Jahren auf die Grundschule auswirkt. Dann müssten ja erste Erfolge zu sehen sein. Von dieser Warte her, ist die Sprachförderung eine Sache, die nicht nur die Schulen betrifft, sondern die so früh und intensiv wie möglich begonnen werden sollte. Da sollte man auch weiter Geld, Erzieherstunden und Ausbildung einfließen lassen.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank Frau Spieler. Herr Löhr, haben sie Erfahrungen aus dem Programm?

**Herr Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik**

Ich kann das nur unterstützen. Es gibt sehr gute Beispiele, wo Kinder wirklich in konkrete Investitionsplanungen einbezogen wurden. Die Architekten haben ge-

lernt, wie Wohnungen vernünftig gebaut werden können, wie Stadtplanung vernünftig gemacht werden kann und das in verschiedensten Situationen, in denen Kinder eine Rolle spielen. Das ist nicht nur eine Form der Beteiligung, etwas, was man nur aus pädagogischen Gründen für die Kinder macht – das ist nur ein Effekt. Es ist vielmehr eine Frage der Qualitätssteigerung von Planung in bestimmten Situationen.

Ich möchte aber doch noch mal etwas zu Herrn Bodenschatz sagen, damit wir uns auf diesem Podium auch streiten. Also ich glaube, wir haben überhaupt gar kein Problem damit, dass die Mittelschicht für sich irgendwelche Dinge macht. Das macht sie ohnehin, dafür brauchen wir nur nicht zu kämpfen. Die Mittelschicht ist stark genug, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Höhe der Eigenheimförderung beträgt im Jahr 10 Milliarden Euro, das Programm „Soziale Stadt“ bekommt lediglich 80 Millionen. Das ist ein gewisser Unterschied. Dennoch sind wir sehr stolz, dass wir diese Förderung Soziale Stadt erhalten konnten, weil wir einen Teil der Eigenheimförderung, die ja schon abgebaut worden ist, in die Soziale Stadt umschichten konnten. Das ist ein Erfolg. Dafür musste aber gekämpft werden. Deswegen geht es überhaupt nicht darum, zu sagen, solche Sachen wie Innenstadtförderung sind unwichtig. Natürlich, die sind wichtig, sie sind auch für benachteiligte Stadtteile wichtig. Aber es geht darum, diesen Stadtteilen und den Menschen dort mehr Aufmerksamkeit zu widmen und sich mehr darum zu küm-

mern, dass sie eine Chance haben, bei der Entwicklung der Stadt mitzumachen und nicht wirklich total abgehängt zu werden. Die Situation ist jetzt noch erträglich, aber auf Dauer, wenn es so weitergeht, wird sie unerträglich werden, auch für die Mittelschicht. Deswegen muss dafür gekämpft werden, die Mittelschicht sorgt schon für sich selbst.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Heute früh im Frühstücksfernsehen hörte ich von dem Generalsekretär einer politischen Partei – Name bleibt unbenannt –, dass die Eigenheimzulage vor allem der sozialen Absicherung von jungen Familien und sozial Schwachen dient. Da ist vielleicht ein Wahrnehmungsunterschied vorhanden. Wir hatten mit Herrn Bodenschatz über die Frage diskutiert, was eigentlich auf uns zukommen kann bei Spaltungstendenzen dieser Art. Der Thatcherismus war uns ja 20 Jahre voraus und New Labour hat ihn in gewisser Weise veredelt. So, wie manche sagen, dass der Thatcherismus – früher waren es Reaganismen – mit einer gewissen Zeitverzögerung auf uns zukommt, wie reagieren wir darauf. Da haben Sie am Schluss etwas gesagt, was vielleicht ein bisschen unterging. Das wäre ein Punkt, wo Sie noch mal anschließen können, Herr Bodenschatz.

**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**

Ich sehe überhaupt keinen Widerspruch jetzt zu dem, was Sie gesagt haben, im Gegenteil, eigentlich eine Bestätigung. Das heißt, man muss es im Zusammen-

hang sehen und man muss eventuell sogar Umschichtungen vornehmen. Man kann deutlich an einem Satz, der in der Diskussion fiel, deutlich machen: Die Integration leistet nicht die Stadt, sondern das Quartier. Ich finde diese Einschätzung ist schwierig – sie ist auf den ersten Blick richtig, wurde aber mit der Aussage gekoppelt, dass man dort beispielsweise auch die Schulen besonders fördern muss. Mit diesem Nachsatz wird klar, dass es doch die gesamte Stadt ist, die hier gefragt ist. Man darf sich nicht auf die isolierte Betrachtung eines Quartiers beschränken. Jedoch muss es natürlich eine politische Stimmung geben, solche Quartiere zu fördern. Eigentlich ist es doch selbstverständlich, dass auch die Bewohner Zehlendorfs oder des Speckgürtels betrifft, was in der inneren Stadt passiert. Dieses politische Klima, wird anderswo als Solidarische Stadtregion bezeichnet. Auch in einer Solidarischen Stadtregion werden Mittel verteilt, aber dem Wissen über Verteilungsfragen kommt eine besondere Bedeutung zu – z.B. wie viel Geld wirklich in die Mittelschichtförderung nach Zehlendorf geht. Dieses Bewusstsein muss erst einmal geschaffen werden, dann wird man feststellen, dass die Leute, die dort wohnen, vielleicht auch gar nicht so egoistisch sind, wie man vermutet. Diese Fragen müssen auf einer gesamtstädtischen, eigentlich auf einer stadtreionalen Ebene und im Zusammenhang gesehen und diskutiert werden. Insofern sehe ich in diesem Punkt im Moment keinen Dissens.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank. Aus der Sicht des Moderators ist das sehr schade. Fragen aus dem Publikum? Wir kommen langsam in die letzte Runde der Veranstaltung. Ich hatte mir bei der Vorbereitung eine kluge Frage zurechtgelegt, die ich nicht mehr zu stellen wage. Ist das Thema und Leitbild der sozialen Mischung, das wir so selbstverständlich verwenden überhaupt eine sinnvolle Strategie? Nach Ihrem Vortrag, Herr Wermker, möchte ich diese Frage aber nicht mehr stellen. Ein anderer Punkt, der bei der Mehrzahl der Wortmeldungen eine Rolle spielte, ist die interessante und wichtige Beteiligungsfrage. Vielleicht sollten wir uns jetzt darauf konzentrieren, weil dieses Thema die politischen Handlungsfelder tangiert und sich eben nicht nur an den Staat richtet, sondern an die Zivilgesellschaft. Wer schafft Beteiligungsmöglichkeiten? In ihrem Beispiel aus Nordrhein-Westfalen, Herr Löhr, wurde auch wieder ein staatlicher Wettbewerb inszeniert, um Beteiligung zu ermöglichen. Dieses staatliche Engagement ist vielleicht auch unersetzlich. Vielleicht könnten wir eine Abschlussrunde mit Kommentaren, Ideen, Beiträgen zur stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft machen, zu der Rolle die zu spielen von ihr erwartet und die auch eingefordert wird, wie nicht zuletzt der Beitrag der Mieterin aus Marzahn zeigte.

**Herr Klaus Wermker,** *Stadt Essen*

Vielleicht zur Klarstellung: Der angesprochene Wettbewerb in Nordrhein-Westfalen hat zum Ziel Projekte in den

Stadtteilen zu identifizieren, mit denen man das Stadtteilimage heben kann. Die Stigmatisierung von Quartiersbewohnern hat beispielsweise in der Schule oder am Arbeitsplatz Konsequenzen, wie wir alle wissen. Über den Wettbewerb wird entschieden, welche Projekte gefördert werden. Diese werden nach der Entscheidung der Jury am 8. April auf dem Kongress des Städtetzwerkes Nordrhein-Westfalen durch den Ministerpräsidenten gewürdigt und mit Preisen ausgezeichnet.

Zum Thema Beteiligung. Natürlich ist Beteiligung der Schlüssel. Unsere Erfahrungen in Projekten der Sozialen Stadt besagen, dass die Mittelschichtbeteiligung relativ mühelos zu realisieren ist, insofern es in den betreffenden Quartieren überhaupt noch Mittelschichten gibt. Was nach meiner Erfahrung sehr schwer zu erreichen ist, ist die Leute zu beteiligen, die eigentlich längst aufgegeben haben und die von den Soziologen als Gestaltungspessimisten bezeichnet werden. Damit kommt die Frage der generellen Einstellung auf, selbst wenn es nur um den Schulhof geht. Wenn Angehörige diese Bevölkerungsgruppen nicht zufällig ein Kind an der Schule haben, interessieren sie sich nicht dafür. Relevanz hat einzig die Frage, ob irgendetwas unmittelbar vor der eigenen Haustür passiert. Mein Kommentar dazu heißt nicht, sie dort zu lassen, wo sie sind, sondern wir müssen sehen, dass wir sie genau an diesen Dingen beteiligen, sie unmittelbar ansprechen, und dafür die entsprechenden Beteiligungsformen entwickeln. Die überragende Bedeutung kommt dabei der Entwick-

lung von Zugangsformen zu, weil in diesen Kreisen in der Regel nicht mehr daran geglaubt wird, dass eine Meinungsäußerung einen Wert hat.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Wer ist "wir"?

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

"Wir" das sind die Menschen, die in diesen Stadtteilen solche Prozesse begleiten. Wir haben in Essen ein eigenes Modell entwickelt, eine intermediäre, unabhängige Instanz geschaffen, die mit der Stadtverwaltung vertraglich verbunden ist. Es gibt aber keinerlei Einschränkungen in der Arbeitsweise. Früher behaupteten wir sogar, es würde den Vertrag nicht gefährden, wenn eine Bürgerinitiative gegen die Stadt ins Leben unterstützt würde. Mittlerweile sind die politischen Verhältnisse aber etwas anders und ich weiß nicht, ob das noch tragfähig wäre. Dennoch entsprach es unseren festen Überzeugungen, denn ich glaube, dass es wichtig ist, den Menschen unter allen Umständen die Möglichkeit zu geben, sich zu dem zu artikulieren, was in der Stadt passiert.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Ich verstehe es so, dass die Moderation und gezielten Förderung solcher Prozesse, Ausdruck einer bestimmten Politik ist?

**Herr Klaus Wermker, Stadt Essen**

Ja. Die offizielle Stadt, egal ob Stadtpolitik oder Stadtverwaltung, muss sich dann

auch den Gesprächen mit den Leuten zu stellen. Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung machen: Ganz schwierig ist es die Migranten dazu zu bewegen, sich zu beteiligen. Das funktioniert in der Regel nur da, wo unmittelbare Interessen betroffen sind. Ich habe eben einen Prozess zwischen dem Stadtverband für das Kleingartenwesen und einer Gruppe türkischer Bewohner moderiert. Letztere hatten Gartenflächen in der Nachbarschaft verloren und wollen jetzt tatsächlich im Stadtverband Mitglied werden. Das war ein hoch spannender Prozess – ja, verdiente fast eine literarische Bearbeitung – weil in ihm kulturelle Muster wechselseitig aufeinander trafen. Die Schwierigkeiten zeigen sich z. B. darin, dass es nicht fertig gebracht haben, auf einer Stadtteilkonferenz – es ging um einen Moschee-Neubau im Stadtteil, der anfänglich konfliktuell, dann aber positiv verlaufen ist – die Protagonisten des muslimischen Vereins dazu zu bewegen, öffentlich aufzutreten und für ihren Moschee-Neubau zu sprechen. Bitte bedenken Sie alle, diese Menschen haben in unserem Land kein Wahlrecht, insofern finde ich es nicht gänzlich überraschend, dass sie sagen, macht doch mit uns, was ihr wollt, aber wir beteiligten uns nicht an diesem System.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**  
*Moderation*

Vielen Dank Herr Wermker. Herr Bodenschatz, wollen Sie fortfahren?

**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**  
Kommt man aus dem Ausland, dann

drängt sich tatsächlich häufig der Eindruck auf, dass wenn in Deutschland über Beteiligung gesprochen wird, ist tatsächlich staatlich bereitgestellte Beteiligung gemeint. Diese ist zweifellos ein wichtiger Punkt. Sie haben das ja jetzt schon erweitert. Ich denke man muss auf verschiedenen Ebenen aktiv werden. Was Sie zuletzt ansprachen, das waren Beteiligungen auf der Ebene von Stadtprojekten.

**Einwurf Her Wermker**

Um es zu erläutern, die Stadtteilkonferenz war eine bürgerschaftliche Konferenz, keine städtische Stadtteilkonferenz.

**Prof. Harald Bodenschatz, TU-Berlin**

Ich habe das auch nicht als Stadtveranstaltung gemeint. Ich denke, ein weiterer Punkt, der ergänzend dazu kommen müsste, wäre selbstverständlich die Öffnung von Räumen, in denen verschiedene Initiativen, Institutionen und Akteure miteinander ins Gespräch kommen können. Diesen Dialog beispielsweise von Sozialinitiativen, Umweltinitiativen mit privaten Investoren auch im Umland der Städte zu erreichen ist meines Erachtens eines der größten Probleme, vor dem wir im Verhältnis zu z.B. angelsächsischen Ländern stehen. Derzeit gibt es in dieser Richtung nur wenige Beispiele, weil die Hindernisse in unserer Gesprächskultur überwiegen. Diese unterschiedlichen Akteure sind letztlich alle in unterschiedlicher Weise an der Entwicklung der Stadt interessiert. Es bestehen Potenziale für ein Zusammenwirken sowohl auf der Ebene der generellen Fragen von Stadt-

entwicklung als auch bei einzelnen Projekten. Das ist zwar keine Beteiligung im klassischen Sinne, aber ein unverzichtbarer Punkt und die Stärke von den Städten, in denen der Strukturwandel schon relativ weit fortgeschritten ist und die heute oft als Vorbilder gezeigt werden.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Ja, vielen Dank. Frau Spieler, könnten Sie auch eine Einschätzung aus Ihrer Erfahrung heraus geben?

**Frau Anette Spieler,** *Fichtelgebirge-Grundschule*

Beteiligung in der Grundschule richtet sich einerseits nach innen und andererseits nach außen. Wir als Grundschule beteiligen uns selbstverständlich an vielen Projekten im Kiez, wie z.B. in der Sozialraum AG. Es ist wichtig, dass man sieht, dass wir da sind und handeln. Eben wurden schon die Migranten angesprochen. Auch in diesem Feld eröffnen wir aktiv Beteiligungsmöglichkeiten. So haben wir jetzt ein Eltern-Café, initiiert durch das Quartiersmanagement mit der dessen Unterstützung, daran nehmen immerhin 20 Prozent der Elternschaft regelmäßig teil. Allerdings wurden dafür auch andere Wege beschritten und es war eine gewisse Moderation und Unterstützung von außen erforderlich. Jetzt ist es so, dass diese Eltern sich selber in den nächsten 10 Wochen zu Multiplikatoren ausbilden lassen, um das Eltern-Café eigenständig weiterzuführen. Dort werden Themen besprochen, die die Eltern direkt angehen. Wenn man Beteiligung so be-

trachtet, dann denke ich, dass die Schule in einem Problem-Kiez durchaus ein lebendiger Mittelpunkt sein kann, wo die im Kiez Lebenden auch wirklich merken, hier ist ein Ort, wo ich aktiv sein darf und auch vor allen Dingen aktiv werden kann.

### **Redebeitrag Publikum**

In jedem Fall muss ich aktiv werden, wenn ich etwas erreichen will. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Einerseits das Zutrauen in die Menschen, sich zu beteiligen, andererseits aber auch die Zumutung der Beteiligung. Wer nicht bereit ist diese Zumutung zu akzeptieren, der sollte auch keine Möglichkeit zu Entscheidungsteilhabe bekommen. Mit dem Einräumen von Beteiligungsmöglichkeiten muss allerdings auch eine Verbindlichkeit im Umgang mit den Beteiligungsergebnissen geschaffen werden. Erfolgreiche Partizipation setzt ein konkretes, die Bürger betreffendes Projekt voraus, wo sie dann auch über die Mittelverteilung und die Durchführung dieses Projektes selbst entscheiden können. Mit den Verfügungsfonds in den Sozialen Stadt-Gebieten, in Berlin, Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern sind in dieser Hinsicht sehr gute Erfahrungen gesammelt worden.

Die Möglichkeiten, die Bevölkerung an Planungen zu beteiligen, hängt nicht zuletzt auch davon ab, welches Vertrauen diese in die Verfahren setzt. Dieses zu schaffen war und ist eine Aufgabe der Quartiersmanagerinnen und -manager. In diesem Bereich wurde sehr gute Arbeit geleistet, die Menschen wirklich an konkrete Situationen herangeführt. Gerade

im Wrangel-Kiez gab es das gute Beispiel einer Planungszelle, in der wirklich alle Bürgerinnen und Bürger, Ausländer, Migranten, Deutsche zusammenkamen und wo sich innerhalb des Verfahrens zeigte, dass eben keine „vorbestimmten“ Gruppen zusammenfanden, sondern die Beziehung zu dem Projekt den ausschlaggebenden Faktor darstellte. Durch diese „gemischte Fronten“ erlebten die Beteiligten ein ganz normales Zusammenleben oder Zusammenstreiten. Solche Prozesse sind erforderlich um Vertrauen aufbauen, sich der Zumutung zu stellen, etwas zu machen oder natürlich Dinge auch laufen zu lassen, wenn sie keine Resonanz erzeugen. Das passt auch zu der Diskussion um das Thema Fürsorge: Man sollte den Menschen nichts aufzwingen. Es gibt in der Gemeinwesenarbeit eine alte Erfahrung, die besagt, dass wenn man sich in ein Quartier begibt, man drei Fragen stellen sollte: Was stört euch? Was soll sich ändern? Was seid ihr bereit einzubringen? Wenn diese dritte Frage nicht positiv beantwortet wird, dann passiert eben nichts. Der Planer sollte nicht den „Gutmenschen“ verkörpern, der mit den Menschen im Quartier ungefragt etwas tut. Es kommt eben nicht auf diese Art von Fürsorge an, sondern auf die Eröffnung von Spielräumen und die Befähigung diese Spielräume zu nutzen.

### **Redebeitrag Publikum**

Aus den Erfahrungen unserer Arbeit kann ich meine Vorredner, wenn vielleicht auch nicht in der Tiefe und der Breite, nur unterstützen. Es ist nicht damit getan, ein-

fach nur Geld zu geben und zu sagen, macht mal irgendwie. Dennoch muss ich auch anmerken, dass die Initiativen und die Bereitschaft sehr viel größer ist, als das z. T. heute hier anklang – und das gilt nicht nur für Mitte oder Friedrichshain, sondern genauso für Neukölln, Kreuzberg oder Spandau. Wir selbst werden häufig von Initiativen und Vereinen angesprochen, die etwas bewegen, aber eher selten unsere Einmischung wollen. Die Anforderungen klingen eher simpel, gefragt ist etwas Unterstützung, vielleicht auch den Kontakt zu Bezirk und Senat. Das versuchen wir zu geben und ich denke, die städtischen Gesellschaften insgesamt leisten in dieser Stadt an dieser Stelle auch einen großen Beitrag.

Einen weiteren wichtigen Aspekt erwähnte Herr Bodenschatz in seinem Vortrag, als er sagte von der Mitte, vom Zentrum muss eine Attraktivität ausgehen. Ich denke Berlin ist da auf einem guten Weg und hoffe, Sie, Herr Bodenschatz haben nicht nur Gewerbeansiedlungen, spektakuläre Einzelhandelseinrichtungen und Konzernzentralen gemeint, sondern eben auch das Wohnen im Zentrum. Ich finde, es ist doch etwas Wunderbares, dass wir in dieser Stadt, beispielsweise in Mitte, rund um den Alexanderplatz, eine ganze Reihe von Wohnstandorten haben, die vielleicht architektonisch umstritten sind, aber auf jeden Fall nachgefragt werden, wo Menschen gern und lange wohnen. Das Stadtzentrum ist eben nicht nur von Großkonzernen geprägt, sondern auch von Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen – die niedrigen Mieten sieht man als



Vermieter natürlich immer kritisch, aber grundsätzlich ist das schon ein Vorteil, für diese Stadt, den es zu erhalten gilt.

### **Redebeitrag Publikum**

Ich möchte noch einmal auf den Anfang der Veranstaltung, den Beitrag von Yorkstraße 51, zurückkommen. Diese sind an eine Grenze gestoßen. Ich meine, dass wenn alles das geschehen würde, von dem heute gesprochen wurde, dann sollte es doch die kleine Unterstützung geben, die sie jetzt von der Politik brauchen und einfordern. Ich weiß, die Politik hat zu einer Sitzung eingeladen, auf der der Eigentümer nicht erschienen ist. Diese Bewohner wollten dafür sorgen, dass ihre Projekte und Konzepte erhalten bleiben, auch wenn diese Ansätze für viele Leute vielleicht zu extrem sind. Es gibt doch einen Fonds – 2 Millionen Euro für besondere Projekte. Ich habe selbst auch einen Antrag gestellt. Nun denke ich aber, dass Herrn Riebe das Geld für dieses Projekt einsetzen sollte. Es ist ein wichtiges Projekt, das schon 16 Jahre existiert und dem vielleicht mit einem Darlehen schon geholfen ist. Ich verzichte auch auf unseren Antrag und kann weiterhin nicht verstehen, dass niemand auf diese Stellungnahme der Yorkstraße Bezug genommen hat. Ich hätte gern noch eine Reaktion darauf.

### **Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Jetzt wurde der Bogen vom Anfang zum Schluss geschlagen. Wir haben noch 11 Minuten Zeit, in denen die Senatorin ihren Eindruck der Diskussion und ihre Fol-

gerungen schildert. Frau Senatorin, Sie haben das Wort.



### **Frau Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung**

Meine Damen und Herren, was unterscheidet diese Diskussion von Diskussionen zur sozialen Stadtentwicklung, die einige alte Kämpferinnen und Kämpfer schon vor 15 Jahren mit mir geführt haben? Erstens wird hier nicht geklagt und zweitens gibt es die großen Gegensätze in den Positionen nicht mehr. Ein Projekt wie die Yorkstraße hätte vor 15 Jahren den Raum nicht verlassen. Man hätte gefordert, dass die Häuser denen gehören, die darin wohnen. Heute geht es den Bewohnerinnen und Bewohnern in erster Linie um den Kaufpreis – den sie selbst aufbringen wollen –, also um die Frage, ob 2,1 Millionen oder 1,7 Millionen Euro angemessen sind. Der Mittelstand hat die Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer in Berlin offensichtlich auch schon erreicht.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die – nach meiner Einschätzung hier heute ein bisschen zu sehr auf die Spitze getriebene – Frage, ob wir im Rahmen der sozialorientierten Stadtentwicklungspolitik

den Mittelstand oder die anderen fördern wollen.

Die Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre hat natürlich in allen Metropolen, auch in Berlin, darauf gesetzt, den Mittelstand zu halten bzw. in die Innenstädte zu bekommen: nicht mittels einer gezielten Unterstützung durch Förderprogramme – dies ist eher die Angelegenheit der Bundesregierung –, sondern durch unser politisches Handeln, durch das, was wir planen, in Berlin beispielsweise das Wohnen am Friedrichswerder. Natürlich trägt vieles davon, etwa die so genannte "Festivalisierung" sehr stark zur Attraktivität der Stadt bei. Sind wir nicht alle froh darüber, dass Menschen aus aller Welt nach Berlin kommen, dass insbesondere der Mittelstand sich wohl fühlt und gerne kommt, weil gebaut wird, weil etwas geschieht, weil Veranstaltungen, kulturelle Ereignisse, Kongresse und große Sportveranstaltungen stattfinden? Wir konkurrieren mit anderen Städten übrigens auch schon um den zukünftigen Mittelstand, indem wir um die gut ausgebildete Jugend werben. Wir müssen uns der Frage stellen, was die Stadt für den Mittelstand attraktiv macht. Die Erwartung ist vor allen Dingen das Leben in einer gesunden, sicheren und sauberen Stadt, ein ausreichendes Einkommen, eine hohe Wohnqualität.

Was die Bewohner der ärmeren Kieze erreichen und was wir unterstützen wollen, nämlich dass sie ebenfalls in finanziell besserer Situation, sicher und in einer sauberen und gesunden Umgebung woh-

nen können, unterscheidet sich nicht wesentlich davon. Übrigens, in Berlin sind das nicht nur die Altbaugelände, es sind die Großsiedlungen, auch am Stadtrand, auch im Westteil der Stadt.

Wir bekennen uns also zur Mittelstandsförderung, allerdings nicht zu einer sozialorientierten Stadtentwicklungspolitik, die bei der Verbesserung der sozialen Situation der anderen lediglich auf Sickerfekte baut. Ich will hier ausdrücklich sagen, dass das weder Methode noch Ziel von Stadtentwicklungspolitik ist, zumindest nicht meiner. Deshalb sage ich sehr deutlich: Es geht darum, für diesen Teil der Stadt bzw. der Bevölkerung Chancen auf Teilhabe an der Entwicklung der Stadt und für ihre eigene individuelle Entwicklung zu öffnen.

In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen sagen, dass ich nach der Diskussion um wichtige Fundamente der "Sozialen Stadt" ein wenig erschüttert bin. Zu den entscheidenden Grundlagen gehören die Chancen für Kinder und Jugendliche in diesen Quartieren und in der ganzen Stadt, die wir schon in der Kleinkindzeit und in der Schule eröffnen müssen. Ein bisschen habe ich den Eindruck, dass wir uns immer noch in einer Situation befinden, in der Schule eher betreut, gefördert und mit Programmen unterstützt wird, sich passiv bittend darstellen muss, um unterstützt zu werden. Ich glaube, dass wir bei einer solchen Darstellung übersehen, welche Potenziale Schule eigentlich hat. Wir müssen das vorhandene Engagement und Potenzial der Eltern, der Leh-

rerinnen und Lehrer und nicht zuletzt der Kinder in diesen Gebieten erkennen und fördern. Wir brauchen an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zur Prioritätensetzung auf Bildung und auf die Unterstützung der vorhandenen individuellen Fähigkeiten für die eigene Entwicklung. Dies beginnt mit der Entwicklung des Selbstbewusstseins, das man durch Sprachfähigkeit sowie durch Kompetenzen, sich auseinander- und durchzusetzen, gewinnt. Dazu gehört auch, dass wir uns politisch für eine finanzielle Schwerpunktsetzung in diesem Bereich entscheiden. Der Senat von Berlin, auch die politischen Parteien der Koalition haben dies ausdrücklich erklärt. Das heißt auch, dass wir Verteilungsgerechtigkeit formulieren müssen, was natürlich manchmal schwierig ist. Denn eine Schwerpunktsetzung bedeutet auch, dass an anderer Stelle weniger geleistet werden kann.

Es ist kritisiert worden, dass wir uns aus Förderungen zurückziehen und dies aus finanziellen Erwägungen tun. Im Gegenteil: Wir führen im Augenblick solche Diskussionen unter dem Gesichtspunkt der Intervention und der Prävention, des Mitteleinsatzes in den von uns definierten Quartieren, in denen es den Menschen in den letzten Jahren schlechter gegangen ist. Wir müssen miteinander die Schwerpunktsetzung diskutieren – sehr gern auch innerhalb meines eigenen Haushaltes – und miteinander die Kosten definieren.

Dabei müssen wir uns auch mit der Frage auseinandersetzen, was die Bürgerinnen

und Bürger als das Wichtigste in ihrer Nachbarschaft erkannt haben. Da geht es nicht um die alte – mit Verlaub – Betroffenenbeteiligung. Da geht es auch nicht darum, Bürgerinnen und Bürger gelegentlich an Entscheidungen teilhaben zu lassen und Versammlungen durchzuführen. Es geht dabei sehr konkret um Machtfragen, die sich – das haben wir im Zusammenhang mit den Bürgerfonds gelernt – immer am Finanziellen entscheiden. Es ist zu klären, wer darüber entscheidet, wie die Mittel in einem solchen Gebiet, das wir unterstützen wollen, vergeben werden. Mit den Bürgerfonds haben wir das bereits geübt. Um das Gelernte auch in andere Gebiete zu übertragen, bedarf es der professionellen Unterstützung und selbstverständlich der Koordination. Dazu bedarf es aber auch der Verständigung von Politik in den Bezirken und in den Hauptverwaltungen auf die vor Ort definierten Ziele. Dies heißt manchmal, auf die bisher geliebte Förderung der eigenen Zielgruppe zu verzichten.

Diese Prozesse wollen wir in den zukünftigen Diskussionen unterstützen, die wir öffentlich führen werden und die wir mit den Bezirken auch schon geführt haben. Dies wird unter anderem zur Folge haben, dass wir in den Bezirksverordnetenversammlungen, aber auch in den Hauptverwaltungen durchaus wieder in Verteilungskämpfe einsteigen werden. Das müssen wir im Interesse derjenigen tun, die gelegentlich ein Ziel, das wir definiert haben, nicht verfolgen wollen. Das mag für Politik schwierig sein, ist aber notwendig, weil wir sonst diejenigen, für die

wir eine bessere Lebenssituation und größere Chancen erreichen wollen, nicht hinreichend und wirksam unterstützen können.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zu einem Thema, das heute viel zu wenig behandelt worden ist: die Situation der Migrantinnen und Migranten. Ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele und gerade jugendliche Ausländerinnen und Ausländer, Migrantinnen und Migranten, vielleicht sogar schon mit der deutschen Staatsbürgerschaft ausgestattet, eine Chance der Teilhabe und der eigenen Entwicklung in ihren Kiezen nicht vernehmen. Bevor wir ihre Situation und ihre Ziele mit ihnen diskutieren, bevor wir sie fördern können, müssen wir sie jedoch erst einmal erreichen, was uns bislang nicht hinreichend gelungen ist, vor allem wenn sie aus Familien stammen, die uns hinsichtlich ihrer kulturellen Zugehörigkeit und hinsichtlich ihrer Werte fremd sind. Dazu bedarf es aller Anstrengungen. Dazu gehört auch, dass wir zur Kenntnis nehmen, was in dem einen oder anderen Kiez passiert. Dazu gehört aber auch, dass wir uns dieser Frage stellen, und zwar fordernd und fördernd.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Frage zurückkommen, was wir eigentlich mit sozialer Stadtentwicklungspolitik leisten können. Natürlich werden wir als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht das grundsätzliche Problem der Arbeitslosigkeit lösen können. Aber wir und alle, die für die soziale Entwicklung der Stadt, für

soziale Stadtpolitik verantwortlich sind, werden es uns als Ziel setzen müssen, die Voraussetzungen für Arbeit zu unterstützen, Investitionen möglich zu machen und zu unterstützen, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Vorhin wurde kritisiert, dass der vom Bundeskanzler vielzitierte innere Friede tatsächlich nur im Zusammenhang mit der Förderung der Wirtschaft verfolgt werde. Das ist aber kein Gegensatz, meine Damen und Herren. Es ist erforderlich und notwendig, sich zu einer aktiven Wirtschaftspolitik zu bekennen, auch als Politikerin für soziale Stadtentwicklung. Das tue ich hiermit und bitte Sie um Ihre Unterstützung.

**Herr Prof. Michael Krautzberger,**

*Moderation*

Vielen Dank Frau Junge-Reyer, dass Sie die Diskussion mit mehreren sehr klaren Positionsbestimmungen aufgegriffen haben. Danke für die Einladung in diesen Tränenpalast. Vielen Dank den Referenten und den Teilnehmern des Podiums für die Diskussion und das Engagement. Vielen Dank auch an Sie alle. Meine herzliche Einladung geht auch an alle – ich spreche damit für die Organisatoren der Veranstaltung und auch für den Beirat, Herr Prof. Bodenschatz, Frau Dr. Doehler-Behzadi und Frau Prof. Gisecke, uns über die Internetplattform weitere Kommentare zuzuschicken. Es ist kein Chatroom, also wir werden keine Antworten schicken. Wir selber werden, ich denke innerhalb von 4 bis 6 Wochen, unsere Einschätzung des Themas auf diese Internetseite einstellen.

Ich gebe zum Schluss den nächsten Termin bekannt. Das Stadtforum wird am 15. April 2005 mit dem Thema „Verschenken, bewalden, zwischennutzen – Was tun mit der freien Fläche?“ fortge-

setzt. Der Ort wird das Alte Pumpwerk am Ostbahnhof, Holzmarktstraße 33 sein. Das wär's. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Vielen Dank.

Ende